

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 20 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraph-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13683. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4598

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.30 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M. Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Eine amtliche Mitteilung des Völkerbundes.

Genf, 12. Oktober. Das Völkerbundssekretariat hat heute abend folgende amtliche Mitteilung ausgegeben, worin die für die Versammlung in der oberschlesischen Frage maßgebenden Gesichtspunkte dargelegt werden, ohne daß aber über die Lösung selbst Mitteilungen gemacht werden:

Der Völkerbundsrat hat die Arbeiten über die Festsetzung der Grenze in Oberschlesien beendet. Bei der Prüfung des Problems mußte auf Grund der Bestimmungen des Vertrages der Völkerbundsrat sowohl die in der Volksabstimmung ausgedrückten Wünsche der Bevölkerung, wie auch die wirtschaftliche und geographische Lage in Betracht ziehen. Eine ernste Schwierigkeit ergab sich daraus, daß die Bewohner, die für Deutschland stimmten, mit den Bewohnern, die ihre Stimme für Polen abgaben, miteinander vermennt leben, und zwar in einem Verhältnis, das zwar nicht immer das gleiche, aber in nicht beschränkter Lande doch sehr beträchtlich ist, und zwar sowohl unter wirtschaftlichen als auch geographischen Gesichtspunkten.

Eine Grenze war undenkbar, welche die Bewohner, die für Deutschland gestimmt hatten, nicht an Polen gegeben hätte, so daß dem Rat kein anderer Ausweg blieb, als diesen Fall dadurch zu verringern, daß er die Grenze so sehr wie möglich dem Abstimmungsergebnis anpaßte. Eine derartige Grenzlinie hätte jedoch die Gebiete zerschnitten, die industriell eng voneinander abhängen.

Die Aufstellung einer neuen Grenze in dem Gebiet, das sich wirtschaftlich unter denselben Gesichtspunkten und mit denselben Bedingungen entwickelte, müßte auf beiden Grenzseiten die verhängnisvollen Folgen haben. Das wäre auch hier der Fall gewesen, wenn die Errichtung der neuen Zollgrenze die Aufkündigung der öffentlichen Betriebe, wie der Bergwerke, den Umkauf des deutschen Geldes und das Inkrafttreten einer neuen bürgerlichen und industriellen Gesetzgebung, mit sich gebracht hätten. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten könnten unmöglich nur durch eine leichte Abänderung einer einzig auf Grund der Volksabstimmung errichteten Grenze behoben werden. So gibt es Gebiete, in denen die Abstimmung der einen oder andern Nation ein zweifelloses, wenn auch nicht überragendes Übergewicht sicherte. Selbst wenn man nun diese Gebiete nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten und nicht auf Grund der Volksabstimmung geteilt hätte, würde die Grenze aufs engste miteinander verknüpfte wirtschaftliche Gruppen zerschneiden. Der Rat sah sich daher folgender Lage gegenüber:

„Eine Grenze, die nicht das Industriegebiet zerschneidet, hätte die Hoffnungen und Wünsche von nicht etwa einer kleinen Mehrheit in unwichtigen Gebieten, sondern von der entscheidenden Mehrheit in sehr wichtigen Gebieten vernichtet. Tatsächlich hat nun aber die Volksabstimmung diese Hoffnungen und Wünsche nicht nur zerschlagen, sondern auch ermutigt. Das waren die dem Problem innewohnenden Schwierigkeiten. Mit der Prüfung des Problems beauftragte der Rat zunächst einen Ausschuss, der sich aus vier Ratsmitgliedern zusammensetzte, und zwar aus den Vertretern Belgiens, Brasiliens, Chinas und Spaniens.

Seine Arbeiten überzeugten den Ausschuss davon, daß diese Frage nicht dadurch gelöst werden könne, indem eine einfache Grenzlinie aufgestellt werde, entweder ausschließlich auf Grund der Volksabstimmung oder auf Grund wirtschaftlicher Überlegungen oder infolge eines Ausgleiches zwischen den beiden Methoden. Hätte man ohne eine andre Bestimmung die Grenze nach einer dieser Methoden aufgestellt, so wäre man zu den verhängnisvollsten Ergebnissen gelangt. Infolgedessen beschloß der Viererrat nach gründlichem Studium, eine neue Grenzlinie zu empfehlen und vorzuschlagen, daß während einer bestimmten Periode Garantien gegen jede Vernichtung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verbindungen geboten werden, wobei diese Periode lange genug währen müsse, um eine vollständige und wirksame wirtschaftliche Anpassung zu ermöglichen. Allgemein anerkannte Sachverständige und Fachleute würden damit beauftragt, gleichfalls die notwendigen wirtschaftlichen Bestimmungen zu studieren. Die betreffenden Personen gehörten den technischen Organisationen des Völkerbundes an und unterlagen keinerlei Einflüssen, sowohl was ihre Nationalität als auch die Politik der Behörden betrifft, wovon sie ernannt wurden. Sie wurden von den vier Ratsmitgliedern aufgefordert, die allgemeinen Maßnahmen zu untersuchen, welche die Fortführung des Wirtschaftslebens in Oberschlesien sichern und die Schwierigkeiten der Uebergangsperiode auf ein Mindestmaß beschränken. Die Projekte, worin die betreffenden wirtschaftlichen Bestimmungen vorgeschlagen werden, sehen in langen Perioden, in gewissen Fällen für 15 Jahre, eine Reihe von Vereinbarungen vor. Diese Vereinbarungen beziehen sich auf unparteiliche gerechte Regelung der Eisenbahnfrage, der Wasser- und Elektrizitätsversorgung, der Zollfreiheit für zahlreiche Erzeugnisse, wie Kohlen, und Zink, die Beibehaltung der deutschen Mark als gesetzliches Zahlungsmittel in den an Polen abgetretenen Gebieten. Der Rat schlug gleichzeitig vor, mit der Annahme dieser Projekte

Garantien für die politischen Minderheiten, da er hierin eine wesentliche Ergänzung einer politischen Grenzführung erblickt.

Die Schlußsitzung des Völkerbundes.

Genf, 12. Oktober. Die Tagung des Völkerbundsrats über die oberschlesische Frage ist heute zu Ende gegangen. Gegen 6 Uhr abends unterzeichneten die Mitglieder des Rats das Schlußprotokoll. Heute abend reist ein besonderer Kurier nach Paris, um dem Präsidenten des Obersten Rats Briand das Gutachten des Völkerbundsrats zu überbringen.

Am Schluß der letzten Ratssitzung hielt Baron Jöhli, Präsident der Tagung für die oberschlesische Frage, folgende Ansprache: „Meine Herren, der Völkerbundsrat schließt sich glücklich bei der Lösung einer der schwierigsten und verwickeltesten Fragen angelangt zu sein. Er hat — davon bin ich überzeugt — eine der wichtigsten Aufgaben, die ihm aufgetragen waren, mit Erfolg (?) durchgeführt. Es ist dies eine entscheidende Stunde im Leben des Völkerbundes. Gestatten Sie mir, bei dieser feierlichen Gelegenheit im Namen meiner französischen, englischen und italienischen Kollegen wie auch in meinem eigenen Namen unsern vollen Respekt und unsern Dank auszusprechen, die ihm aufgetragen waren, mit Erfolg (?) durchgeführt. Es ist dies eine entscheidende Stunde im Leben des Völkerbundes. Gestatten Sie mir, bei dieser feierlichen Gelegenheit im Namen meiner französischen, englischen und italienischen Kollegen wie auch in meinem eigenen Namen unsern vollen Respekt und unsern Dank auszusprechen, die ihm aufgetragen waren, mit Erfolg (?) durchgeführt.“

Es ist reichlich viel Lob, welches der japanische Baron sich und dem Völkerbund in dieser für die Entwicklung der oberschlesischen Frage gewiß „denkwürdigen“ Sitzung widmet. Inwieweit dieses Urteil gerechtfertigt ist, darüber wird die Geschichte entscheiden.

Die neue Grenzlinie.

Paris, 12. Oktober. Der Genfer Korrespondent des Temps teilt mit: Die Grenzlinie in Oberschlesien, die der Völkerbundsrat vorzuschlagen beabsichtigt, scheint jetzt wie folgt zu verlaufen:

1. Polen erhält die beiden südlichen Kreise Pisch (Insgesamt) und Rybnik (zum größeren Teil).
2. Das Industriegebiet wird unter die beiden Länder geteilt. Deutschland erhält die westlichen Teile des Beckens Gleiwitz und Hindenburg (Hindenburg sowie Beuthen-Stadt); Polen erhält die Kreise Königshütte, Beuthen-Land, Rattowitz-Stadt und Rattowitz-Land.
3. Die beiden im Osten von Oberschlesien gelegenen Kreise Tarnowitz und Lublitz werden in ihrem südlichen Teile Polen, in ihrem westlichen Teile Deutschland zugesprochen.
4. Deutschland erhält die andern oberschlesischen Kreise im Norden, Westen und Zentrum, also Kosenberg, Kreuzburg, Oppeln, Gr.-Strehlitz, Loß, Oberglogau, Reobshüh und Ratibor.

Eine Kundgebung der Reichsregierung.

Berlin, 12. Oktober. Amtlich wird mitgeteilt: In der heutigen Sitzung des Reichskabinetts gab der Reichsfinanzminister Dr. Brüning der allgemeinen Erregung darüber Ausdruck, daß der Völkerbundsrat in Genf, soweit sich aus unabweisbaren Nachrichten entnehmen lasse, über das oberschlesische Gebiet in einer Weise verfuhr, die weder der durch die Abstimmung klar zutage tretenden Willensäußerung der oberschlesischen Bevölkerung noch den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Landes entspricht. Treffen diese Nachrichten zu und fällt der Oberste Rat eine so geartete Entscheidung, so werden deutsche Städte mit allem, was in ihnen an Arbeitswerten und Kulturgütern von deutschem Fleiß und deutschem Geist geschafft worden ist, vom Reiche getrennt und unter Fremdherrschaft gestellt. Diese Voraussetzung würde nicht nur von der Mehrheit der Bevölkerung Oberschlesiens, sondern auch vom gesamten deutschen Volke als Vergrößerung und bitteres Unrecht empfunden werden. Nicht friedliche Entwicklung, sondern unablässige Verunruhigung und Zwistigkeiten würden die Folge sein. Dem deutschen Wirtschaftskörper würde eine unheilbare Wunde geschlagen werden. Zusammenfassend erklärte der Reichsfinanzminister: Falls die Entscheidung so fällt, wie zu befürchten ist, so ist eine neue Lage geschaffen, die die Voraussetzungen einschneidend beeinträchtigt, unter denen die gegenwärtige Regierung die Geschäfte des Reiches übernommen und geführt hat. Eine abschließende Entscheidung wird das Kabinett erst dann treffen können, wenn der Spruch des Obersten Rats amtlich vorliegt. Der Reichsfinanzminister stellte dies als einmütige Auffassung des gesamten Kabinetts fest.

Berlin, 13. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die Erklärung der Reichsregierung ist offenbar auf dem Wege des Kompromisses zustande gekommen. Vor einigen Tagen bereits, als die ersten bedeutendsten Nachrichten eintrafen, forderten die Minister Brüning und Rathenau den sofortigen Rücktritt des Gesamtkabinetts. Dieser Plan fand keine Mehrheit. Dann ging in einer folgenden Kabinetsitzung die Absicht dahin, eine Erklärung zu veröffentlichen, in der ausdrücklich ausgesprochen werde, daß die Demission erfolgen werde, wenn die oberschlesische Entscheidung ungünstig ausfalle. Dem widersetzten sich die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung und so ist dann schließlich, da doch eine amtliche Erklärung irgendwelcher Art gewünscht wurde, das jetzige Kompromisse zustande gekommen, das wenig sagt, aber alles zwischen den Zeilen lesen läßt.

Der Stand der oberschlesischen Frage.

Noch immer liegt der endgültige Beschluß nicht vor. Zwar ist die Entscheidung gefallen, aber der Wortlaut derselben ist auch heute noch in tiefes Geheimnis gehüllt, obwohl besteht, nach welchen Grundlagen die Teilung vollzogen werden soll. Rattowitz, Königshütte und wahrscheinlich Beuthen-Land werden in polnischen Besitz übergehen. Das oberschlesische Industriegebiet würde demzufolge politisch auseinandergetrennt. Obwohl die Sachverständigen in Genf bestrebt waren, die wirtschaftliche Einheit für eine Uebergangsperiode aufrechtzuerhalten, so werden alle diese Maßnahmen nur ein notwendiges Übel sein, um den Zerfall nicht sofort eintreten zu lassen.

Der Völkerbund ist nach den Ausführungen des japanischen Barons Jöhli stolz auf seine salomonische Entscheidung, die alle Schwierigkeiten, die sich in der Lösung der Frage ergeben haben, in Berücksichtigung ziehe. Immerhin, wenn der Völkerbund glaubt, durch diese Entscheidung den Beweis seiner Gütlichkeit erbracht zu haben, so ist das eine höchst eigenartige Beweisführung, wenn man den Frieden zwischen den Völkern dadurch begründen zu können glaubt, indem man erneuten Unfrieden sät. Die mit Bestimmtheit zu erwartende Lösung schafft eine neue Irredenta, ein neues Elsaß-Lothringen, das die nationalpolitischen Schreitritte auf Monate hinaus mit willkürlichem Agitationsstoff versorgen wird. Die nationalpolitischen Wogen werden bergeshoch gehen und weite Kreise des Volkes werden den nationalpolitischen Rattenfängern nachlaufen, ihnen ein breites Forum schaffen, auf dem sie ihre Weisheiten an den Mann zu bringen vermögen. Seit den Tagen von London hatten sich die Gemüter einigermaßen beruhigt. Wenn auch niemals zu erwarten war, daß die reaktionären Kreise um Hergt und Kahl sich der Logik der Tatsachen widersetzen würden, so war doch in weiten Kreisen eine Ernüchterung eingetreten. Das Wiesbadener Abkommen wurde zwar nicht ohne Widerspruch, aber immerhin als Notwendigkeit, als erster Schritt einer Wiederverständigung hingenommen. Die alldutschen Wähler vermochten den sonst üblichen Entrüstungsummel nicht zu entsagen. Nun kommt der Völkerbund, der nach seinem geistigen Vater Wilson der Garant für einen dauernden Frieden der Völker werden sollte, und nährt von neuem die wüste Propaganda, ohne die die deutschen Nationalisten nicht zu leben vermögen. Der Oberschlesien-Rummel wird eine neue Auflage erleben. In München haben sich bereits alle Parteien zusammengefunden, um die Einheitsfront von Auer bis Rahr herzustellen in dem gemeinsamen Protest gegen die Entscheidung in Oberschlesien. Auch wir protestieren gegen die Unvernunft des Beschlusses von Genf. Er ist politisch und wirtschaftlich für Oberschlesien von katastrophaler Wirkung, für die Entwicklung der Verhältnisse im Reiche von einschneidender Bedeutung und obendrein ist heute die Zukunft der oberschlesischen Industrie im Wirtschaftsverband Polens höchst zweifelhaft. Haben wir das erkannt, dann ist unsere fernere Aufgabe, gegen die Durchführung des Beschlusses mit allen Mitteln anzukämpfen und seine Unmöglichkeit darzulegen. Gerade in der Behandlung einer nicht minder einschneidenden Frage, des Reparationsabkommens, zeigt sich heute mehr und mehr, daß gerade unsere Gegner auf dem besten Wege sind, seine Wirkung nicht unwesentlich abzuschwächen, da insbesondere England, wenn nicht finanziell, so doch wirtschaftlich gemeinsam mit uns die Kosten zu tragen hat. Darum wenden wir uns mit aller Entschiedenheit gegen den nationalpolitischen Entrüstungsummel und warnen erneut die Arbeiterschaft, sich für derartige Zwecke nicht einzusetzen zu lassen. Inwieweit die nationalpolitischen Politiker bereits in den Köpfen der Arbeiter Einfluß bekommen haben, zeigt eine Erklärung von oberschlesischen Rechtssozialisten, die in aller Offenheit ihre Führer ersuchen, „die Vertreter im Reichskabinett niederzuliegen und zu erklären, daß die sozialdemokratische Partei als Vertreterin der arbeitenden Bevölkerung die Verantwortung für die Zustimmung zu einer solchen Entscheidung nicht zu tragen vermag.“ Auch wir sind weit entfernt davon, die „Zustimmung“ zu einer solchen Entscheidung zu geben, nichtsdestoweniger aber vermögen wir durch eine derartig nationalpolitisch orientierte Politik den nationalpolitischen Schreitritten die Wege zu ebnen, damit sie endlich in die Sättel kommen, die sie nur allzu gern reiten möchten. Sie wollen den nationalpolitischen Rummel befeuern, um Hefferrich und Stresemann in die Ministerseffel zu bringen. Sie tragen sich mit dem Gedanken, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Die Absichten der Nationalisten sind nur allzu bekannt, und schon diese Tatsache müßte einen jeden Arbeiter warnen, auf den Rummel der alldutschen Revanchepolitiker hineinzufallen.

Erfreulicherweise hat das Reichskabinett, nachdem es seit Montag beinahe in Permanenz tagte, eine Kundgebung gefaßt, die zwar ein Kompromiß, immerhin aber die Demonstrationen politisch, die die Demokraten gern eingeschlagen hätten, vorläufig noch ablehnt. Die Demokraten wollten, nach ihrem bekannten

Rezept, mit dem Bekannwerden der Entscheidung demonstrativ die Regierung verlassen, um vielleicht auf diesem Wege einen Eindruck bei den Militärs zu machen. Eine derartige Politik ist in Deutschland oft genug geübt worden und wir haben gesehen, daß sie auf die führenden Ententeleute keinerlei Wirkung zu üben vermochte. Die Diktate und sonstigen Beschlüsse sind trotz der Regierungsrücktritts noch immer zur Durchführung gekommen. Daher ist die in hohem Grade gehaltene Kundgebung der Reichsregierung begrüßenswert. Der Reichstag wird dann letzten Endes zu entscheiden haben, in welcher Form zu den Genfer Beschlüssen Stellung genommen werden soll. Bis dahin hat die Reichsregierung nach parlamentarischem Brauch auf ihrem Posten zu verharren. Charakteristisch sind Äußerungen, die die Deutsche Allgemeine Zeitung macht, indem sie erklärt, „die Enttäuschung über Oberschlesiens Reist nicht nur das Kabinett Wirth in den Grund, auch die Bildung einer neuen Regierung, was man sich deren Zusammensetzung im einzelnen denken wie man will, wird sie gut wie illusorisch.“ Danach erkennen die Nationalisten selbst, daß eine Reichsregierung unter Führung von Helfferich und Stieffemann gerade im gegenwärtigen Augenblick eine Unmöglichkeit ist.

Nach einer Mitteilung des Berliner Tageblatts wurde die Frage der Regierungsumbildung auch im Reichskabinett selbst zur Sprache gebracht und nach der vorstehenden Quelle einstimmig beschlossen, daß Dr. Wirth, selbst für den Fall des Rücktritts der Reichsregierung, erneut mit der Regierungsbildung zu beauftragt sei. Dieser Gedanke ist erwogen worden unter dem Gesichtswinkel, daß die oberchlesische Frage das Kabinett doch noch hinwegspülen wird. Man möchte Wirth nicht fallen lassen, immerhin aber sich den Weg nach der Deutschen Volkspartei offen halten. Mit der Deutschen Volkspartei in der Regierung würde die Frage der Reparationen erneute Schwierigkeiten ergeben und so wäre das Endergebnis der ganzen oberchlesischen Geschichte und ihrer Lösung durch den Völkerverbund das, daß in der oberchlesischen Frage zweifelslos die französische Auffassung durchgedrungen wäre, daß aber andererseits sich in der Reparationsfrage erneute Schwierigkeiten ergeben müßten.

Stimmen der Berliner Presse.

Berlin, 13. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Der Boxwäters verurteilt das Treiben der Leute, die jetzt schon mit der Erklärung hervortreten, daß Deutschland nach der Entscheidung über Oberschlesien nicht mehr in der Lage sei, die Verpflichtungen des Londoner Ultimatus und des Wiesbadener Abkommens zu erfüllen. Das Ausland werde mit Recht auf den Artikel 90 des Friedensvertrages aufmerksam machen, der uns 15 Jahre lang erlaubt, aus den abgetretenen Gebieten alle Bergwerksprodukte ohne Zoll und ohne Beschränkung zu denselben Preisen, wie sie die Polen zahlen, in unser Land einzuführen. Das Blatt sagt weiter: Wenn das Kabinett Wirth gehen will wegen eines nationalen Unglücks, an dem es kein Verschulden trägt, so zeigt es hundertmal mehr Kraft als diese Herren, die hartnäckig stehen und sich nachträglich noch als verkaufte Vaterlandverräter ausgeben, nachdem sie den größten Krieg der Welt verloren hatten. Daß Wirth gehen will, ist verständlich, unverständlich wäre es, wenn man ihn gehen ließe.

Die Freiheit fragt: „Was soll mit einem Kabinettswechsel für Oberschlesien und für unser Nationalleben erreicht werden? Da wir keine auch nur einigermaßen einflussreiche Antwort erhalten, bleibt nichts anderes als der Schluß, daß die Aufrechterhaltung der sogenannten vaterländischen Instinkte nur innerpolitische Zwecke verfolgt. Alle bürgerlichen Kräfte sollen unter dem nationalen Banner vereinigt werden und wenn die Sozialdemokratische Partei mittut, dann um so besser, um so leichter wird sich dann der Kampf gegen die Arbeiterklasse durchführen lassen. Daß diese Kampagne, die draußen nur als eine Wiederbelebung des Nationalismus empfunden wird, außenpolitisch für Deutschland die schlimmsten Folgen haben wird, verschlägt denen nicht, denen der schmerzliche Verlust eines Teiles von Oberschlesien gerade gut genug ist, um ihn für ihre Parteizwecke auszunutzen und ihn zu einer Basis für die Wiedererreichung ihrer Herrschaft zu machen.“

Die Freiheit verlangt, daß nicht die Regierung, sondern das Parlament entscheide. Jede andere Art des Vorgehens wäre Kabinettspolitik, wäre unter Umständen Politik des Reichspräsidenten oder auch einzelner Parteiführer, nicht aber parlamentarische Politik.

Auch die Vossische Zeitung will, daß man dem Versuch entgegenstehe, das neue Unglück, das dem deutschen Volk aus dem verlorenen Krieg erwächst, parteilich auszunutzen. Die Kreise, die seinerzeit der Annahme des Ultimatus widersprochen hätten, erging sich in stolzen Äußerungen, wie sehr ihre Prophezeiung durch die Tatsachen bestätigt worden sei, aber ohne irgendwas zu tun zu lassen, welche auswärtige Politik denn von den jetzigen Augen früher empfohlen worden sei und welche auswärtige Politik zu dem Ziele geführt hätte, eine günstige Entscheidung für Oberschlesien herbeizuführen.

Die Proteste Maners und Stammers.

Paris, 12. Oktober. Zu dem Besuch des deutschen Botschafters bei Briand meldet Haas noch: Der deutsche Botschafter soll bei dem französischen Ministerpräsidenten einen letzten Versuch gemacht haben, ihm die Schwierigkeiten darzulegen, die für Deutschland im Falle einer ungünstigen Lösung der oberchlesischen Frage entstehen würden. Eine derartige Lösung würde nicht nur schwere wirtschaftliche Folgen nach sich ziehen, sondern auch einen politischen Rückschlag, der imstande wäre, den Sturz des Kabinetts Wirth hervorgerufen. Es ist, sagt Haas, unzweifelhaft, daß dieser alleszählige Ueberzeugungsversuch ohne Wirkung sein wird, denn die alliierten Regierungen werden in ihrer Entscheidung die Teilung annehmen, die der Völkerverbund empfiehlt.

Nach andern Meldungen ist, wie zu erwarten war, auch der Versuch Stammers, die englische Regierung zu einer abweichenden Haltung zu bewegen, ergebnislos geblieben.

Die Ministerflüchter an der Arbeit.

Berlin, 13. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) In den Parteivorständen Dr. Stresemann hat die Volkspartei Oberschlesiens folgendes Telegramm geschickt: „Die Deutsche Volkspartei Oberschlesiens erwartet in letzter Stunde nochmals volle Einsetzung für ungeteilte Erhaltung Oberschlesiens beim Vaterland. Zusammenarbeiten mit Regierung, die Zerstückung über sich ergehen läßt, unmöglich.“

Der Temps und das Kabinett Wirth.

Berlin, 13. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Der Pariser Temps sagt zu den bekannten Schritten, die die deutsche Regierung in Paris und London unternommen hat, die deutschen Drohungen seien ein altes Manöver. Es handle sich um einen, von der Wilhelmstraße und den deutschen Schwerindustrieorganisationen erpresstungsversuch. „Sollte das Kabinett Wirth tatsächlich gestürzt werden und Deutschland versuchen, sich seinen Ver-

pflichtungen zu entziehen, so würde es sich in eine Abenteuerpolitik einlassen, deren erste Folgen es bald unangenehm zu spüren bekäme.“

Ein Protesttelegramm der Gewerkschaften.

Berlin, 12. Oktober. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund, der Gewerkschaftsring der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamtenverbände, der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Deutsche Beamtenbund haben an den Völkerverbund, Lloyd George und Briand folgendes Telegramm geschickt:

„Nach übereinstimmenden Äußerungen der Schweizer, Pariser und englischen Presse hat der Völkerverbund die Teilung Oberschlesiens beschlossen. Falls dies zutrifft, erheben die deutschen Arbeiter- und Beamtenverbände aller Nationen schärfsten Einspruch. Die unterzeichneten Hauptorganisationen, die insgesamt 14 Millionen Mitglieder vertreten und mit Familienangehörigen rund 40 Millionen deutscher Staatsangehörigen umfassen, haben sich geschlossen hinter das Reparationsprogramm der Regierung Wirth gestellt. Sie haben das getan, obwohl sie sich bewußt sind, daß die Wirkungen der Reparationsmaßnahme für alle härteste Arbeit und herbe Entbehrungen bedeuten. Jede Abtrennung wichtiger Wirtschaftsquellen von Deutschland macht die Durchführung dieses Programms unmöglich und bedeutet zugleich Verelendung des deutschen Volkes, das bei seiner Bevölkerungsgröße auf weltwirtschaftliche Beziehungen, auf Import und Export angewiesen ist. Eine Teilung Oberschlesiens steht auch im Widerspruch mit dem Abkommungsgegenstandnis. Sie hätte ferner zur Folge, daß die arbeitende Bevölkerung Deutschlands auf alle sich aus Teil 18 des Friedensvertrages ergebenden Maßnahmen verzichten müßte.“

Gerechtigkeit, sowie die Deutschland auferlegten und von ihm anerkannten Pflichten erhellend gebieterisch Verlangung Oberschlesiens bei Deutschland.

Der Zusammentritt des Reichstages.

Berlin, 13. Oktober. (T.L.) In parlamentarischen Kreisen rechnet man damit, daß das Plenum des Reichstages am Beginn der nächsten Woche, wahrscheinlich am Dienstag, zusammentreten wird.

Gegen das Ueberstundenwesen.

Von Hermann Jädel

Die gegen das Ueberstundenwesen in der Industrie getriebene Dienstausweitung des sächsischen Arbeitsministeriums an die Gewerbeaufsichtsbeamten hat das gesamte kapitalistische Unternehmertum auf den Plan gerufen. In ungeheuren Protesten wird dem geprehten Herzen Luft gemacht, und mit Eingaben in angemessenem und unangenehmem Ton wird das Ministerium bestraft. Sowie diese Eingaben in angemessenem Tone gehalten sind, werden sie natürlich, wie das unter anständigen Umständen üblich ist, in ebensolehem Tone beantwortet. Werden unangemessene Töne angeschlagen, dann wandern die Proteste in die große Astenmappe, die der künftige Historiker aufschlagen wird, wenn er das Getrampele einer früher die Minister beherrschenden Schicht darstellen will, deren politische Machtstellung im Zeitalter der Revolution erschüttert ist.

Die Dienstausweitung des Arbeitsministeriums legt dem Gewerbeaufsichtsbeamten die Verpflichtung auf, in allen Fällen, in denen Anträge auf Bewilligung von Ueberstunden bearbeitet werden, vor ihrer Entscheidung die lokalen Instanzen der Arbeitergewerkschaften gutachtlich zu hören.

Es schreibt also etwas vor, was eigentlich selbstverständlich ist, und wenn es bisher noch nicht Geltung hatte, so beweist das nur, wie wenig die Arbeiter im alten Staat zu ihrem Recht gekommen sind.

Mit der gesetzlichen Vorschrift der Beschränkung der Arbeitszeit soll die Arbeiterschaft gegen wucherische Ausnutzung der Arbeitskraft und somit vor Verelendung geschützt werden. Die Vorschrift ist ihre Zurechtweisung und heute nötiger denn je. Die Entbehrungen der letzten 7 Jahre haben in der Arbeiterklasse furchtbare Verheerungen angerichtet. Soll diese die Arbeiter schützende Bestimmung vorübergehend für die ganze Arbeiterschaft oder für Teile derselben unwirksam gemacht werden, dann muß selbstverständlich die Vertretung der Arbeiterklasse gehört werden, die Berufsorganisation. Das Verlangen der Unternehmerorganisation nach Parität ist in diesem Falle nicht berechtigt. Weder der einzelne Unternehmer noch die Unternehmerorganisation wird der Frage der Bewilligung von Ueberarbeit unter dem Gesichtswinkel des Arbeiterschutzes näherzutreten; im günstigen Falle werden Konkurrenzrisiken maßgebend sein. Die Anhörung der Unternehmer, von denen doch der Antrag auf Bewilligung von Ueberarbeit gestellt wird, wäre demnach zwecklos.

Die Unternehmerorganisationen denunzieren die Verfügung als eine „politische Maßnahme“; sie haben „mit Entrüstung von dem Verhalten des Arbeitsministers . . . Kenntnis genommen“ und erheben lebhaft „Protest gegen die einseitigen Bevorzugungen der Gewerkschaften zum Schaden der Industrie und der Gesamtheit“. Sie verlangen sofortige Zurücknahme der Verfügung und drohen, „jede Mitarbeit auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge abzulehnen und es peinlich zu vermeiden, Behörden usw. in dieser Beziehung Unterstützung zuzulassen und positiv an dem Problem der Minderung der Arbeitslosigkeit mitzuarbeiten“.

Die Plauerer „Fabrikanten-Schuttgemeinschaft“ wütet über die Besprechungen des Ministers mit den Gewerkschaften, wie folgt: „Wir haben aus dem Bericht über den Verlauf dieser Konferenz den Eindruck gewonnen, daß es sich eigentlich nicht um eine Konferenz unter dem Vorhinein eines Ministers, sondern vielmehr um eine Beratung von Vertretern des Deutschen Textilarbeiter-Berbands unter Leitung seines ersten Vorsitzenden gehandelt haben kann.“

Der amtliche Bericht läßt erkennen, daß parteilich politische Besprechungen, nicht aber sachliche Verhandlungen über volkswirtschaftlich wichtige Fragen stattgefunden haben.“

Auf solche Übernehmungen zu antworten, lohnt sich natürlich nicht. Man stellt sie fest und geht lächelnd zur Tagesordnung über.

Die Verfügung des Arbeitsministeriums ist eine im Interesse der Arbeiterschaft und der Industrie getroffene Maßnahme. Sie wurde notwendig infolge einer Knappheit, das Ansehen der sächsischen Industrie und das Wohlergehen ihrer Arbeiterschaft schwer schädigenden Ausnutzung der Valutakonjunktur durch das Unternehmertum. Geleg und Recht existierte für ganze Schichten von Unternehmern nicht mehr. Bei Tag und bei Nacht wurde gearbeitet. Um die vorgeschriebene Erlaubnis bemühte man sich nicht. Wenn Anzeige und Bestrafung erfolgte, so bezahlte man feilenruhig nach dem bekannten Wort:

„Zähl mei Straß
Und sieh! mei Holz.“

Die lächerlich geringen Strafen machten keinen Eindruck. In Fastenzeit wurde die Landespolizei zur Kontrolle herangezogen, aber alles half nichts. Derselben Kreise, welche vor nicht langer Zeit sich nicht genug tun konnten in der Empörung über die angebliche Gefährdung der Arbeiter, arbeiteten einfach unter Mißachtung der Gesetze ohne Erlaubnis 10 bis 14 Stunden pro Tag. Wie die Gesetze, so ignorierte man auch die mit den Arbeiterorganisationen abgeschlossenen Tarifverträge.

Das trifft nicht etwa nur für die Spitzenindustrie des Vogellandes, es trifft auch für manche Branchen des Erzgebirges. In einer Besprechung des Verbands der Brauereier- und Mälzereiarbeiter wird mitgeteilt: „daß in den Kleinmälzen des Freistaates Sachsen die achtstündige Arbeitszeit fast durchgängig nicht eingehalten wird, und speziell

beschränkt man die Lehrlinge dort Tag und Nacht, so daß von einem Arbeiterstand im großen und ganzen nichts zu spüren ist.“

Es heißt dann weiter: „Die Mälzen beschränkten zum größten Teil nur ganz wenig Ausgelernte; zumeist nur Lehrlinge, andererseits sind sie aber diejenigen, die ihre Produkte billiger anbieten und dadurch denjenigen Betrieben, die wirklich auf geordnete Arbeitsverhältnisse setzen, allerschwerste Konkurrenz machen. Es kann nicht der Wille des Gesetzgebers sein, derartige Betriebe frei schalten und walten und Raubbau an den Kräften der Arbeiterschaft führen zu lassen. Die genannten Betriebe zahlen, wenn sie schon einen Tarif anerkannt haben, fast nie die abgeschlossenen Sätze, sondern versuchen stets ihre Arbeitnehmer zu überbieten, während sie doch andererseits die von den Kommunalverbänden und der Reichsgewerbestelle bewilligten Tariflöhne wie diejenigen Betriebe erhalten, die die Tarifverträge voll erfüllen.“

Der Deutsche Baubeamten-Verein, Gau Sachsen, teilt unter Hinweis auf bestimmte Kategorien der Banken mit: „In diesen Betrieben wird sehr häufig auch ohne Genehmigung bis in die späten Nachstunden hinein gearbeitet, wobei auch ein Zwang auf die nicht in vorstehenden Abteilungen Beschäftigten ausgeübt wird.“

Der von den Unternehmern in der Presse behauptete Mangel an Facharbeitern, ganz besonders in der Spitzenindustrie des Vogellandes, ist im allgemeinen nicht vorhanden. Nach einem Bericht des Arbeitsnachweises Plauen könnten gegen 60 bis 100 Ueberstunden eingestellt werden, wenn sie vorhanden wären. Natürlich hindert keine Verordnung, in diesem Zweig der Industrie Ueberstunden zu genehmigen. Aber es ist eine bewusste Zurückhaltung der Offenheit, wenn Unternehmerorganisationen unter Hinweis auf den Mangel an Ueber- und Singsiderinnen allgemeinen Mangel an Facharbeitern behaupten. Die vogtländische Industrie setzt sich aus Facharbeitern und Nichtfacharbeitern sehr vielerlei Art zusammen. Die Ueberstunden wurden mit und ohne Erlaubnis nicht nur von Ueber- und Singsiderinnen gemacht, sondern von Siderarbeitern und -arbeiterinnen aller Art und Arbeitern anderer Branchen. Sie wurden gemacht auch dort, wo Maschinen stillstanden, deren Inangabe die gewünschte Selbsterzeugung der Produktion ohne weiteres zur Folge gehabt hätte. Die Umstellungen der Maschinen beim Uebewechsel sind oft erforderlich, dürfte auch den Opponenten der Verfügung aus der Geschichte der Industrie nicht unbekannt sein. Eine starke Zunahme an das Arbeitsministerium ist es, wenn diese Umstellung unter Hinweis auf ein Sachverständigengutachten abgelehnt wird mit der Begründung zu hoher Kosten.

Die vogtländischen Industrien waren in Friedenszeiten unausgeleitet bemüht, immer neue Arbeitskräfte aus dem ganzen Lande in Plauen zusammenzuführen; sie hatten eigene besoldete Werber für diesen Zweck angestellt. In der Zeit der Arbeitslosigkeit hat das Arbeitsministerium die Pflicht, zu verlangen, daß auch heute wie früher erwerbslose Arbeiterinnen aus dem Lande in den Plauerer Fabriken eingestellt und angelernt werden. Die Arbeitslosigkeit ist bekanntlich auch heute noch im Freistaat Sachsen größer als in irgendwelchem Lande Deutschlands. In Plauen sind noch immer ca. 1000 erwerbslose Arbeiterinnen. Das Profitinteresse der Kapitalisten darf nicht dazu verleiten, durch Begünstigung des Ueberstundenwesens und Befreiung eingegangener Tarifverträge dem Auslande gegenüber eine Schmutzkonkurrenz zu befehligen. Das wäre der Fall, wenn die Ueberstundenmilitärschaft gebildet würde. Vielleicht bemüht sich die vogtländische Fabrikanten-Schuttgemeinschaft, mit ihrem deutschlandweiten vogtländischen Anzeiger einmal um eine Ausrüstung in Sachen Schmutzkonkurrenz bei der Fabrikantenvereinigung in St. Gallen und bei dem anerkannten Führer der schweizerischen Textilarbeiter. Seine Adresse lautet: U. Martin, Zürich, Zollstraße 14, Union der Textilarbeiter.

Die Konferenz mit einigen gewerkschaftlich orientierten Leuten im Ministerium fand statt auf deren eigene Anregung zum Zwecke der Beschwerdeerhebung, nicht zum Zwecke der Beantwortung. Es lag absolut keine Verantwortung vor, noch weitere Organisations zum Zwecke der Begutachtung der Dienstausweitung einzuberufen. Am liebsten behauptet es selbst wie dieselben Organisationen, die Jahrzehntlang die Arbeiter systematisch von den Zusammenkünften in den Ministerien ausgeschlossen haben, die selbst im Kriege die Arbeiterorganisationen in jeder Beziehung zurücksetzten, sich heute aufregen, wenn sie nicht bei jeder Gelegenheit ihre gewaltige Stimme in die Waagschale werfen können. Die Leute haben das Recht verwirrt, von Parität zu sprechen. Das Arbeitsministerium aber wird selbstverständlich, wenn es sich betreten läßt, die Parität wahren. Man wird sich in den Kreisen der Unternehmer daran gewöhnen müssen, daß sie nicht mehr wie früher die erste Geige spielen können.

Man bedenken aber, welche von einer Besorchtung der Arbeitergewerkschaften durch die Dienstausweitung sprechen, sei zur Rechtfertigung mitgeteilt, daß diese angebliche „Besorchtung“ für die Zukunft gesetzlich fixiert werden soll und zwar von Reich wegen.

Die Säuberung der Russischen Kommunistischen Partei.

OE. Die Petersburger Prawda fordert anlässlich der Konferenz der Kommunisten in Petersburg die Ergreifung besonderer Maßnahmen, um den Einfluss der Kommunisten in den Arbeiterkreisen zu stärken, der im Zusammenhange mit der schweren Lebenslage und der dadurch hervorgerufenen Ernüchterung der Arbeiter stark abgenommen habe. Da durch die Säuberung der Partei die Zahl der Kommunisten sich bedeutend verringere, so müssen Maßnahmen getroffen werden, um die Führung trotzdem nicht aus den Händen zu lassen.

Diese Säuberungsaktion, die auf zwei Monate berechnet ist, dauert an. In zwei Kreisen des Petersburger Gouvernements sind 26 bzw. 24 Prozent der Parteimitglieder ausgeschlossen worden und 21 bzw. 24 Prozent befinden sich bis zum Abschluss der Nachprüfungen in der Schwebe. Sämtliche Sowjetzeitungen drucken einen Artikel Lenin ab, in dem der Ausschluß von 90 Prozent der Menschewisten verlangt wird, die sich nach der Oktoberrevolution der siegreichen kommunistischen Partei angeschlossen hätten, ihrem Wesen nach aber Opportunisten geblieben seien. In leitenden Kreisen zweifelt man dennoch an dem Erfolg der Säuberung, da die gewöhnlichen Parteimitglieder sich „kräften, Anklage gegen die Kommissare zu erheben. Die Moskauer Prawda schreibt über die Aktion, sie werde nur in einem Teil der Gouvernements energisch durchgeführt; in andern hätten die Parteinstanzen sich zu ihr wie zu einer alltäglichen Forderung des Zentralkomitees gestellt, und wieder in andern werde die Sache ausgeprochen bureaukratisch behandelt.“

Die Kommunisten Deutschlands sind augenblicklich auch sehr stark mit der Säuberung ihrer „Partei“ von unzuverlässigen Elementen beschäftigt. Der Artikel Lenin kommt ihnen deshalb sehr gelegen, weshalb er von den kommunistischen Blättern fleißig abgedruckt wird. Als richtige Beurteiler für den Hinauswurf betrachtet Lenin in seinem Artikel die parteilosen, also politisch ununterrichteten Arbeiter, was er so ausdrückt:

„Die Parteiläuterung entwickelt sich ansehnlich zu einer ersten und reichenhaltigen Arbeit. Es gibt Orte, wo man die Partei säubert, hauptsächlich geküht durch die Erfahrung und auf die Weisungen der parteilosen Arbeiter, ihre Weisungen zum Leitfadennimmt und den Vertretern der parteilosen proletarischen Masse Rechnung trägt. Das ist, was am wichtigsten, am wertvollsten ist! Wenn es uns tatsächlich gelingen würde, die Partei

von oben bis unten auf diese Weise, „die Person nicht achtend“, zu säubern, so wäre dies gewiß ein Riesenerfolg der Revolution.“

Die Säuberung wird so lange fortgesetzt werden, bis von der kommunistischen Partei nichts mehr übrig ist.

Zusammenfassung der russischen kommunistischen Partei.

D. E. Die Moskauer Prawda bringt statistische Angaben über die Zusammenfassung der russischen kommunistischen Partei in 31 Gouvernements des europäischen Rußland. Registriert sind Ende 1920 insgesamt 158 480 Mitglieder worden, die außerhalb der Roten Armee und Flotte stehen; d. h. 75 Prozent ihrer Gesamtzahl in den 47 Gouvernements des europäischen Rußland, ohne die Ukraine und den Kaukasus. Von den Parteimitgliedern haben 68 Prozent ihren Wohnsitz in den Gouvernementsstädten, nur 11 Prozent sind vor der Oktoberrevolution in die Partei eingetreten. Der Prozentsatz der Frauen beträgt insgesamt 11 Prozent. Im Alter unter 20 Jahren stehen 6 Prozent der Mitglieder; 1 Prozent der männlichen und 2 Prozent der weiblichen Mitglieder stehen sogar unter 18 Jahren. 13 Prozent der Männer und 20 Prozent der Frauen haben keine Schulbildung genossen; die Zahl der Analphabeten beträgt 2 Prozent bzw. über 4 Prozent der Mitglieder, mit abgeschlossener Mittel- und Hochschulbildung 12 Prozent bzw. 30 Prozent. Arbeiter, Handwerker und Bauern machen 45 Prozent bzw. 5 Prozent bzw. 17 Prozent, insgesamt 67 Prozent aus (bei den Frauen allein nur 45 Prozent), jedoch leisten von ihnen tatsächlich nur 21 Prozent körperliche Arbeit, während die übrigen sich als Beamte, Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre betätigen.

Schwere Anklagen gegen Dominicus.

Die rechtssozialistische Königsberger Volkszeitung veröffentlicht unter der Überschrift: Herr Minister Dominicus, wir klagen Sie an, aufsehenerregendes Anlagematerial gegen Dominicus, in welchem diesem der Vorwurf stillschweigender Duldung der Selbstschußorganisationen in Ostpreußen gemacht wird. Es wird darin behauptet, daß in Ostpreußen noch umfangreiche Waffenslager vorhanden sind, die vom Ostdeutschen Heimatbund versteckt seien und von denen Minister Dominicus Kenntnis habe. Es seien Waffenslager gefunden worden, die bis zu 200 schwere Maschinengewehre umfassen. Wenn die aufgefundenen Waffen der Behörde übergeben wurden, dann lieferte die Behörde die Waffen der Reichstreuhandgesellschaft aus. Bei der Reichstreuhandgesellschaft verschwanden sie und landeten dann wieder beim Ostdeutschen Heimatbund. In dieser Woche seien von der Entente-Kommission sechs schwere Geschütze ermittelt und beschlagnahmt worden. Vom Polizeipräsidenten wird reißende Aufklärung über alle bisher beschlagnahmten Waffen verlangt. Die Volkszeitung behauptet, den Nachweis führen zu können, daß der Ostdeutsche Heimatbund durch Vermittlung einer Berliner Zentralfstelle in Verbindung mit Escherich und seiner Organe liege.

Herr Dominicus muß im preussischen Landtag zur Verantwortung gezogen werden, dann wird sich zeigen, inwieweit er durch die Duldung der ungesetzlichen Waffenschlebung mitschuldig ist.

Das Urteil im Welberter Hochverratsprozess.

Im Welberter Hochverratsprozess wurde heute nachmittags das Urteil verkündet. Es wurden verurteilt der Schlosser Wilhelm Graß aus Welbert wegen Hochverrats zu fünf Jahren sechs Monaten Festung, wegen Beihilfe zum Hochverrat der Schlosser Franz Waltersbach aus Welbert zu drei Jahren Festung, der Dreher Wilhelm Hähner aus Welbert, der Schlosser Karl Diech aus Welbert, der Freiseur Max Schröder aus Düsseldorf, der Erbarbeiter Wilhelm Stolz aus Welbert, der Maschinist Paul Düppers aus Welbert und der Schlosser Ernst Gathmann aus Welbert zu je 2 Jahren Festung, der Kaufmann Hans Maßen aus Welbert zu einem Jahre sechs Monaten Festung, der Former Ewald Schrotz aus Welbert und Frau Therese Stolz zu je einem Jahre drei Monaten Festung und wegen Mittäterschaft, begangen in Gemeinschaft mit anderen, der Optiker Erich Löwenthal aus Elberfeld zu drei Monaten Gefängnis. Freigesprochen wurde der Kaufmann Artur Thomas aus Düsseldorf. Den Angeklagten wird der größte Teil der erlittenen Unterdrückungshaft auf die Strafe angerechnet. Bei Löwenthal wird die Strafe durch die Unterdrückungshaft für verblüht erachtet. Sämtlichen Angeklagten wurden während der Urteilsverkündung die Urteile mitgeteilt, da sie nicht aus ehrlöcher Gestattung gehandelt haben und des festen Glaubens waren, einer guten Sache gebient zu haben. — Drei der Angeklagten, bei denen angeblich Fluchtverdacht vorliegt, wurden in Haft begeben.

Protest der Eisenbahner.

Die Mitteilungen über die Entstaatlichung der Reichseisenbahnen und ihre Auslieferung an das Privatkapital hat die Eisenbahner auf den Plan gerufen. So wurde in einer vom Deutschen Eisenbahner-Verband, Ortsverwaltung Dresden, am 11. Oktober 1921 nach dem Livollsaal einberufenen, von über tausend Mitarbeitern und Beamten besuchten öffentlichen Versammlung außer über die Besoldungsfrage auch die beachtlichste Verbesserung der Eisenbahnen in einen privatkapitalistischen Betrieb besprochen.

Landtagsabgeordneter Robert Witz, Bezirksleiter des D. E. V., Dresden, begründete eingehend nachstehende Entschliessung und betonte, daß die Organisation unter Anwendung aller gewerkschaftlichen Mittel diesen Bestrebungen mit Entschlossenheit entgegenzutreten werde:

„Angesichts der Riesengewinne, die das vertraute Kapital aus den Lieferungen für die Eisenbahnwirtschaft zieht und dadurch den Eisenbahnenlasten schenkt, muß es verwunderlich erregen, daß die verantwortlichen Spitzen der Eisenbahnverwaltung, statt Abwehrmaßnahmen gegen das Großkapital zu ergreifen, in abendliche Erörterungen darüber eintreten, ob die Reichsbahnen fernerhin im Staatsbesitz bleiben oder dem Großkapital ausgeliefert werden sollen.“

Die Eisenbahnbeamten- und Arbeiterschaft läßt darüber keinen Zweifel, daß sie in Wahrung der Gesamtinteressen der Allgemeinheit zu tatkräftigster Gegenwehr fest entschlossen ist und eine weitere Ausbeutung der arbeitenden Volksschichten durch Überführung der Eisenbahnen in die Hand des Großkapitals nicht zulassen wird.“

Zum Konflikt in der bayerischen Volkspartei.

München, 13. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Der Bayerische Kurier erhält auf seinen letzten Artikel zum Konflikt in der bayerischen Volkspartei von der Münchener Volkszeitung, ebenfalls ein Organ seiner Partei, folgende Antwort: „Wir sind noch niemals für einen bedingungslosen Anschluß an das Reichszentrum eingetreten. Wir befürworteten im Gegenteil stets den Weg der Verhandlungen zwischen den beiden getrennten Parteien zur Verständigung über die vorliegenden Differenzpunkte. Das aber bedeutet keineswegs umbedingte und be-

dingungslose Preisgabe der eigenen Ideen. Daß wir bei allen untern Darlegungen zur Frage Bayerische Volkspartei und Reichszentrum unsere gemeinsamen christlichen und katholischen Kulturideale und den Gedanken wahrhaft christlichen Gemeinschaftsgeistes in den Vordergrund stellten, sollte für jeden eine Selbstverständlichkeit sein, der über das Trennende das Einigende nicht vergessen will. Auf die weiteren, teilweise sehr erregten Reaktionen des Bayerischen Kuriers lassen wir uns im Interesse des Parteifriedens nicht ein, obwohl sich dazu manches sagen ließe. Nur das eine sei unumwunden ausgesprochen, wenn der Bayerische Kurier in diesem Ton fortfährt, ist ein offener Konflikt in der Partei unvermeidlich. Wir wünschen ihn nicht, fürchten ihn aber auch nicht, wenn er uns auszuweichen wird.“

Der Kappist Dr. Schiele nach Leipzig ausgeliefert.

München, 13. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Der am Sonnabend beim Versuch, von Bayern nach Oesterreich zu reisen, von der bayerischen Grenzpolizei in Salzburg verhaftete Arzt und Volkswirt Georg Walter Schiele, der wegen Teilnahme am Kapp-Putsch standrechtlich verurteilt wurde, wurde am Mittwoch auf Verlangen des Oberreichsanwalts vom Münchener Gerichtsgefängnis nach Leipzig ausgeliefert.

Verhaftung deutscher Offiziere durch die belgische Militärbehörde.

Aus Krefeld wird gemeldet: Eine geheime Versammlung von 82 aus dem belgischen und unbesetzten Gebiet zusammengekommenen Offizieren wurde am Sonnabendabend gegen 7 Uhr im Krefelder Hotel Zur Stadt München, das dem reaktionären Zentrumsladivertordneten Wilmeroth gehört, von belgischen Besatzungstruppen ausposaunen und verhaftet. Unter den mit militärischer Bedeckung ins Gefängnis gebrachteten Offizieren befinden sich der General von Merrens, ein als Kriegsverbrecher angeklagter Oberst, Rittergutsbesitzer, bekannte höhere Verwaltungsbeamte sowie Söhne Krefelder großindustrieller Familien. Die politische Polizei in Krefeld, die vorher verständigt worden war, hatte gegen die Verhaftung nichts einzuwenden, weil es sich angeblich nur um eine „kameradschaftliche Zusammenkunft“ handelte.

Auch ein Wiederaufbau.

WTB. meldet aus Berlin: Unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Dr.-Ing. Müller im Reichsministerium für Wiederaufbau hat sich ein Komitee zur Aufstellung der Denkmäler aus den Kolonien gebildet, dem die ehemaligen Gouverneure der Schutzgebiete und andere auf kolonialem Gebiete führende Persönlichkeiten angehören. Seine Aufgabe sieht es in der Wiederaufstellung der Denkmäler, die aus den ehemaligen Schutzgebieten an Deutschland zurückgegeben worden sind. Bisher sind aus Ostafrika die Statuen von Wiffmann und Peters (I) zurückgeliefert. Wegen der Herausgabe weiterer Denkmäler schweben Verhandlungen. Die Kosten der Wiedergestaltung werden aus privaten Mitteln gedeckt.

Man sollte meinen, daß ein Staatssekretär im Wiederaufbauministerium jetzt Wichtigeres und Nützlicheres zu tun hätte, als sich um die Aufstellung von Denkmälern zu kümmern, an denen es in Berlin doch wirklich nicht fehlt. Im übrigen hat das deutsche Volk allen Anlaß sich mit größter Entschiedenheit dagegen zu wenden, daß die Schandstatuen der „Kulturträger“ vom Schläge des Hänge-Peters auch noch durch Aufstellung von Denkmälern für diese „Helden“ verherrlicht werden.

Der Streik im Höchster Industriegebiet.

Berlin, 13. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die P. N. erfahren, ist im Streik in den Höchster Farbwerken insoweit eine Aenderung eingetreten, als die gewerkschaftlichen Vertreter und Arbeiterräte erklärt haben, daß sie im Hinblick auf die bei der Zusammenfassung der früheren Streikleitung zutage getretenen Nebenabsichten die Streikleitung nunmehr den Gewerkschaften im Verein mit den Arbeiterräten übertragen. Die Wiederaufnahme der Arbeit in den Höchstheimer Elektrowerken ist im Gange. Die Lage in Krefeldbach ist unverändert.

Englische Vorschläge zur Neuordnung der deutschen Reparationszahlungen.

London, 12. Oktober. Heute vormittag wurde unter dem Vorsitz von Lloyd George eine Sitzung des Kabinetts abgehalten, in der Vorschläge zur Aenderung der Form der deutschen Reparationszahlungen erörtert wurden. — Außerdem kamen Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Hebung des Handels sowie die Washingtoner Konferenz zur Sprache.

Verhandlungen Krassins mit französischen Großindustriellen?

Berlin, 12. Oktober. (OE.) Wie die Berliner russische Zeitung „Ru“ aus informierter Pariser Quelle erfährt, sei es dort ein offenes Geheimnis, daß zwischen Krassins und einer Gruppe großer französischer Firmen zur Zeit Verhandlungen stattfinden. Dabei seien beteiligt der „Crédit National“, Schneider-Creusot, einige Schiffahrtsgesellschaften, darunter die „Messageries Maritimes“, der frühere Moskauer französische industrielle Erwerb und der Industrielle de Chevilly, ein alter Bekannter Krassins. Koulens, der ehemalige französische Vorkäufer in Petersburg, gegen dessen Vorstoß in der internationalen Hilfskommission die Sowjetregierung eben noch so heftig Stellung genommen hat, sei ebenfalls an den Verhandlungen beteiligt in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Direktion der „Gesellschaft für Handel, Industrie und Finanzen für Rußland und die Randstaaten“, die bereits seit einiger Zeit ständige Geschäftsbeziehungen mit der Sowjetregierung unterhalte und durch ihre Marseller und Konstantinopeler Filialen den Schiffsverkehr mit Odessa, Noworossissk und Batum pflege.

Der Rückgang des englischen Handels.

Wie aus London berichtet wird, betrug der Wert der englischen Einfuhr im September 87 118 507 Pfund Sterling, das sind 65 638 629 Pfund Sterling weniger als im September 1920. Der Export betrug 55 247 578 Pfund Sterling, das sind 62 208 335 weniger als im Vorjahre, und der Netto-Export betrug 8 594 044, das sind 4 755 064 weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. — Der Oberverzeichner obige Zahlen, die einen riesigen Rückgang in der Ein- und Ausfuhr aufweisen, als ein Zeichen für die erste Lage des britischen Handels.

Die Handelskammer in Manchester hat eine Entschliessung angenommen, in der die Regierung darauf hingewiesen wird, daß es von höchstem Wert wäre, die interalliierten Schulden zu annullieren oder zu prozontieren. Ferner heißt es in der Entschliessung, diese Maßnahme würde das kräftigste Mittel bedeuten, die wirtschaftlichen Zustände der ausländischen Wirtschaft,

die in hohem Maße mit dem Stillstand des Handels und der Arbeitslosigkeit verknüpft sind, zu verbessern.

Vom englisch-amerikanischen Konkurrenzkampf.

Der New Yorker Korrespondent der Londoner Daily Mail berichtet, das amtliche Handelsministerium habe sämtliche verfügbare amtliche Tonnage zur Verpackung ausgeben; die Packtische solle für die amerikanischen Kohlenexporteure einen Dollar monatlich betragen, damit sie den Kampf gegen die englischen Exporteure aufnehmen könnten. — Nach einer Japas-Meldung aus Washington hat der Senat den Gesetzentwurf Borah angenommen, durch den die amerikanische Küstenfahrtsahrt von der Zahlung der Zölle im Panamakanal befreit wird. Angesichts der lebhaften Opposition des Repräsentantenhauses sei es aber zweifelhaft, ob der Entwurf Gesetz werde. Im Laufe der Debatte habe Senator Lodge erklärt, daß die Maßnahme im Hinblick auf die Washingtoner Konferenz unzeitgemäß wäre. Großbritannien habe nach den bestehenden Verträgen das Recht, schiedsgerichtliche Entscheidung zu verlangen.

Vorbereitungen für die Abrüstungskonferenz.

Paris, 12. Oktober. Nach einer Havasmeldung aus Washington hat Staatssekretär Hughes die amerikanischen Vertreter für die Abrüstungskonferenz auf heute vormittag zu einer Sitzung zusammenberufen, in der die Vorbereitungen der verschiedenen Regierungsdepartements besprochen werden sollen, die den Delegierten bei der Erörterung über die Abrüstung die nötigen Angaben liefern sollen.

London, 13. Oktober. (TL.) Aus Washington wird gemeldet, daß Harding an den Vorbereitungen der Abrüstungskonferenz mitarbeitete. Wahrscheinlich wird er auch mehrere Tage lang an den Verhandlungen persönlich teilnehmen. In der ersten Sitzung werden folgende allgemeine Punkte behandelt werden: 1. Die nationale Politik, an die jede Regierung gebunden ist; 2. Eine zusammenfassende Schilderung der Berichte über die Frage des ferneren Ostens; 3. Die Information über die Stärke der Heere. — Hughes wird die Gedanken Hardings über Umfang, Zweck und Ziele der Konferenz darlegen und eine Uebersicht über die Gesamtlage im fernem Osten erstatten.

Rücktrittsabsichten des französischen Kriegsministers.

Paris, 13. Oktober. (TL.) Das Defizit des französischen Staatshaushalts beträgt zwei Milliarden. Dazu kommen Teuerungszuschläge für Beamte und andere Ausgaben, wodurch das Defizit auf drei Milliarden steigt. — Die Finanzkommission der Kammer will vor allem am Heeresetat Ersparungen machen. Ein sozialistischer Abg. beantragte, die Effektivstärke der französischen Armee auf den Friedensstand von 1919 zurückzuführen und die Artillerie einzuschränken. — Barthou soll nicht geneigt sein, die Forderungen der Kommission anzunehmen und soll demnach, seine Demission zu geben. Er wird sogar eine Vermehrung für bestimmte Posten beantragen. — In der Stärke der Besatzungstruppen in Marokko wird die Kommission nichts ändern.

Der Militarismus in Japan.

Aus Tokio wird berichtet: Das Kriegsministerium hat beschlossen, daß ein Heer von mindestens 21 Divisionen, ungefähr 280 000 Mann, für die Zukunft erforderlich sei. Falls aber die Washingtoner Konferenz eine größere Abrüstung aller Landmächte beschliesse, werde Japan sich anschließen. — Der Ueberdreabnoughi Kutsu, 33 800 Tonnen groß, wird im Dezember fertiggestellt werden. In Tokojuka und Kure werden außerdem 4 Schlachtschiffe und 4 Kreuzer von 30 000 bis 42 000 Tonnen gebaut. Davon wird eins im Oktober 1922 fertig, eins im Februar 1923, eins im September 1923, 2 im November 1923, eins im Dezember 1924, eins im April 1925 und das letzte im Dezember 1925.

Polnische Wirtschaft im Wilnaer Gebiet.

Kopenhagen, 12. Oktober. Die litauische Handelskammer teilt über das Auftreten der Polen im Gebiet von Wilna mit: Der frühere litauische Staatskommissar Slingas ist während eines Familienbesuchs in Wilna ohne Grund von den Organen Pilsnowskis verhaftet worden; es ist bisher nicht gelungen, ihn zu befreien. Dieser Tage haben die Polen in Wilna in der litauischen Handels- und Industriebank alle Geschäftsanteile beschlagnahmt und dann die Bank geschlossen; ebenso wurden der Konsumverein Vida und zwei Wirtshäuser geschlossen. Auch zwei litauische Gymnasien sind von den Polen mit Beschlag belegt worden. Die litauischen Gemeindschulen werden im Wilnaer Gebiet systematisch beschlagnahmt; das Erheben litauischer Bücher wird unmöglich gemacht. Die gleiche Behandlung wird im Wilnaer Gebiet wohnenden Belarussen zuteil. Im Wilnaer Gymnasium darf von der 5. Klasse an nur noch in polnischer Sprache unterrichtet werden.

Der Kampf um die Finanzdiktatur in Polen.

Warschau, 12. Oktober. (OE.) Auf der gestrigen Sitzung des Sejm, auf der die drei ersten Gesetzentwürfe des Finanzministers Michalski beraten wurden, lehnten die Nationaldemokraten das Notovot ab, während die Sozialisten sich gegen die Einführung des Zehnstundentages erklärten. Die drei Finanzprojekte, einschließend der 70-Milliarden-Emission, wurden einer Kommission überwiesen, wo ein Kampf um die Beschränkung der von Michalski geforderten Finanzdiktatur bevorsteht.

Von Nah und Fern.

Schwere Sandgranatenerplosion in Wien.
Wien, 12. Oktober. Das Alpenjägerregiment Nr. 7, das aus Anlaß der burgundischen Frage nach Wien verlegt wurde, hatte für heute vormittag eine Übung auf der Militärübungsstätte angeordnet. Zu diesem Zwecke waren vom Arsenal 300 Sandgranaten angefordert, die auf Munitionswagen der Wehrmacht zur Schießstätte gefahren werden sollten. Aus bisher unbekannter Ursache flog ein Wagen in die Luft. Der den Wagen begleitende Wehrmann wurde getötet, drei Personen verletzt, durch die Explosion wurden sämtliche Fenstererdbeben in der Umgebung zerschmettert. Nach einer amtlichen Darstellung soll eine Selbstentzündung ausgeschlossen sein.

Dollarnotenfälscher in Budapest.

Dr. Budapest, 12. Oktober. Hier ist gestern eine Banknotenfälscherbande festgenommen worden, die amerikanische Zwanzigdollarnoten fabrizierte. Die Bande, die technisch sehr gut ausgerüstet war, wollte 40 Millionen Dollar herstellen, doch ist sie bereits am dritten Tage ihrer Tätigkeit von der Polizei entlarvt und verhaftet worden.

Schweres Eisenbahnunglück in Bamberg.

Bamberg, 13. Oktober. Auf dem hiesigen Bahnhof ist in der vergangenen Nacht 11^{1/2} Uhr der gemischte Zug Nr. 6530 bei der Ausfahrt nach Uchtenfels entgleist. Mehrere Personenzüge wurden hierbei eingebrückt. Drei Personen wurden getötet und 8 verletzt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Walter Freitag in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseratenteil:

Friedrich Bicker, Vordorf-Leipzig.

Druck u. Verlag Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft, Leipzig



Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
Beseitigung des ärztlich empfindlichen mühsamen Verfahrens
Kukirol
Schachtel 1.50 in Apotheken u. Drogerien erhältlich

König-Salomo-Apotheke, Grimmische Str. 17.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Nützliche Bekanntmachungen.

Stadtverordnetenwahl.

Die Wahl der Stadtverordneten findet am **20. November 1921** statt.
Die Wählerliste liegt vom **16.-30. Oktober 1921** im **Stadthaus** - Ratsexpedition - zur Einsicht der Wähler aus.
Einsprüche gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit der Liste sind während der Auslegungsfrist geltend zu machen.
Brandis, am 11. Oktober 1921.
Der Wahlkommissar.

Jahrmart in Rötha.

Sonntag, den 23., und Montag, den 24. Oktober 1921, findet in **Rötha** Jahrmart statt. Zu diesem Marke werden Verkaufsbuden und Stände leihweise zur Verfügung gestellt. Schaustellungen und Belustigungen aller Art werden, soweit der Platz reicht, noch zugelassen.
Rötha, am 12. Oktober 1921.
Der Bürgermeister.

Taudja. Freitag, den 14. Oktober 1921, nachmittags 5 Uhr, soll an der neuen Kläranlage der Klärslamm zu Düngezwecken möglichst in kleinen Portionen meistbietend abgegeben werden.
Der Stadtrat.

Sparkasse Wahren.

Geschäftszeit von 8 bis 1/2 2 Uhr.

USPD. Groß-Leipzig

Schönefeld. Freitag, den 14. Oktober, abends 8 Uhr, im **Gesellschaftshaus**. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **Seltmann** über: Die Bedeutung der Genossenschaftsbewegung für die Arbeiterklasse. 2. Freie Ausprache. 3. Bericht des Vorstandes und der Kommissionen über das verlossene Halbjahr. 4. Verschiedenes. Mitteilungsbuch ist am Eingang vorzulegen. Allseitiges Erscheinen erwartet.
Der Vorstand.

Weizenmehl (rein) 3.30 Mk.

Elisabethstraße 1 Stötteritzer Straße 15.

Lichtspiele Alberthalle

Ab Freitag, den 14. Oktober

11 Akte!

Grosses Abenteuer-
Sensations - Detektiv-
Doppel-Programm !!

11 Akte!

HARRY HILL und MARGA LINDT in Die Schmuggler von San Diego.

14. sensationelles Erlebnis des Meisterdetektivs
Harry Hill in 6 Akten sowie

Die Dollarbraut.

Italienischer Abenteuerfilm in 5 Akten.

Kommen Sie zollig, damit Sie den ganzen
Spielplan zu sehen bekommen!

Anfang wochentags 1/2 5 Uhr.
Beginn der letzten Vorstellung 1/2 9 Uhr.

Maschinisten und Heizer

(Zentralverband).

Sonabend, den 15. Oktober, abends 7/7 Uhr
im Gartenaal des **Volksbaus**

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung: 1. Kassenbericht vom 3. Quartal.
2. Kartellbericht.
3. Gewerblich-fachliches.
Allseitiges Erscheinen erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Töpfer Versammlung

Sonabend, d. 15. Oktober
nachmittags 5/6 Uhr
im **Volkshaus**.
Die Tagesordnung wird in der
Versammlung bekanntgegeben.
Die Kollegen haben alle zu erscheinen. **Der Vorstand.**

Billigste Bezugsquelle

für täglich frische
feinste Molkerei-Butter
sowie feinsten Tilsiter Vollfett-Käse.
Martius & Co., Bayrische Str. 83
Telephon 31695.

Herr H. Böwing in Göttingen schreibt: Meine

Pis-Polier
Wissner

hatte ich durch Schaumauflage von Obermeyer's Weibigkeit
beseitigt.
Zur Frachtheilung in
derbe-grünen besonders zu
empfehlen. Sie haben in
allen Geschäften, Proge-
und Parfümerien

Familien-Nachrichten

Unsere werten Arbeitskollegen
Christian Schröter
nebst Gemahlin
zum 25jährigen Ehejubiläum
die herzlichsten Glückwünsche
Das Personal der
Leipziger Buchdruckerei A.-G.

Am 11. Oktober verließ nach langer Krankheit meine
innigstgeliebte Frau, unsere herzenseute Mutter, Tochter,
Schwester, Schwägerin und Tante

Martha Bräunig geb. Pönitzsch
im Alter von 86 Jahren.

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 15. Oktober,
nachm. 2 Uhr, von der Friedhofskapelle in Kleinajsdorfer
aus statt.

Ein Herzschlag machte meiner geliebten Frau,
der treuherzigen Mutter ihrer Kinder, unserer lieben
Tochter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin
und Tante, Frau

Eise Koch geb. Kannewurf
im Alter von 84 Jahren am 12. Oktober, mittags
12 Uhr, ihrem schwerem Leiden ein schnelles Ende.
L. Lindenau, Lübner Str. 8.

Tiefbetrübt
Hermann Koch und Kinder
Marie vorw. Koch.
Beerdigung Sonnabend 11 Uhr Friedhof Lindenau.

Nach längerem Leiden, jedoch unerwartet, verließ
im Krankenhaus St. Georg meine innigstgeliebte Frau,
die gute Mutter ihrer zwei Kinder, unsere gute Schwester,
Schwägerin, Kusine und Tante, Frau

Klara Thiel geb. Münzner
im 33. Lebensjahre. In tiefer Trauer
L. Kleinajsdorfer, den 12. Oktober 1921
Hirselstraße 28, vi.

Paul Thiel und Kinder
nebst allen Hinterbliebenen.
Beerdigung findet Sonnabend, nachmittags 2 Uhr, statt.

Einem längeren schweren Herzleiden erlag, der
Helden einer, mein innigstgeliebter treuherziger
Mann, unser guter Vater, braver Bruder, Schwieger-
sohn, Schwager und Onkel, der Buchbinder

Reinhold Schumann
L. Reudnig, Hohenzollernstr. 13, III.
In tiefster Trauer **Lulso Schumann** geb. Callin
im Namen sämtl. Hinterbliebenen.
Beerdigung Sonnabend früh 10 Uhr Südfriedhof.

Am 11. Oktober verstarb nach längerem Leiden
unser lieber Kollege und Mitarbeiter, der

Reinhold Schumann
Wir verlieren in ihm einen aufrichtigen und treuen
Anhänger unserer Arbeiterbewegung.
Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.
Das Personal der
Buchbinderei B. G. Teubner.

Danksagung.
Für die uns beim Beimgange unserer lieben Ent-
schlafenen

Frau Emma Sieber
bewiesene aufrichtige Teilnahme und die Blumenpenden
sowie für das Geleit zur letzten Ruhestätte sagen wir
allen Verwandten und Bekannten, besonders Herrn
Pfarrer Dr. Liebster, unsern herzlichsten Dank. Dank
auch den Mitarbeitern der Bm. I für die ehrenvolle An-
teilnahme.
Leipzig-Bo., Torgauer Str. 25.
Osar Sieber und Kinder nebst Hinterbliebenen.

Wasser- und Seife tun's nicht

heim Waschen, wenn die Wäsche schnell und doch vollkommen rein,
sauber und frisch duftend werden soll. Um das zu erreichen, muß schon

PERSIL

genommen werden! Es ist das anerkannt beste
selbsttätige Waschmittel in höchster
Vollendung!

Ohne Schärfe * mit hohem Fettgehalt * von
unübertroffener Wasch- und Bleichkraft *
großer Ergiebigkeit und im Gebrauch er-
wiesener Billigkeit.

Wo andere Waschmittel versagen, wenn es gilt,
hartnäckige Flecken zu beseitigen oder noch so
schmutzige Wäsche wieder blendendweiß
zu machen, da

tun's

Persil spielendleicht ohne Mühe und Anstrengung und mit geringem
Kostenaufwand. Machen Sie daher einen Versuch und waschen Sie
Ihre nächste Wäsche mit Persil. Sie haben den Nutzen davon! In alt-
bekannter Güte wieder überall erhältlich.

Nur in Original-Packung, niemals lose!

Allcinige Hersteller: **Henkel & Cie. Düsseldorf** auch der allbekannten „HENKO“
Henkel's Wasch- und Bleich-Soda

Der städtische Haushaltplan vor den Stadtverordneten.

In der Stadtverordnetenversammlung vom 12. Oktober begannen die Stadtverordneten die Beratung des Haushaltplanes für 1921/22. Den Bericht des Finanzausschusses gab der Rechts-... (text continues)

Stadtverordneter Heinze von den Mittelständlern wünschte zunächst, der Rat möchte den Haushaltplan zeitiger vorlegen. Auch er empfahl die größte Sparjamkeit. Da die Steuern größere Beträge bringen würden, liege kein Anlaß vor, allzu pessimistisch in die Zukunft zu blicken. Ein Lichtblick seien ihm die technischen Werke, deren Ertragskraft noch erheblich gesteigert werden könnten.

Die Stellung der U.S.P.

vertrat Genosse Liebmann, der etwa folgendes ausführte: Im vorigen Jahre hat derselbe Herr Berichterstatter die Lage der Stadt stark optimistisch geschildert. Meine gegenteilige Auffassung ist mir damals stark über genommen worden. Jetzt stellt sich heraus, daß wir mit unsrer Beurteilung nur zu recht hatten, das Loch im Haushaltplan ist immer größer und die Ausflüchte, es zu stopfen, sind immer geringer geworden. Niemand weiß, wieviel ungedeckt bleibt, es können 91 oder 93 Millionen oder auch noch 29 Millionen mehr Defizit sein. Nur eins ist aus dem Vorjahre abliehen: die Mahnung zur Sparjamkeit. Das empfiehlt der Berichterstatter, das empfiehlt der Rat. Der Rat will das Defizit durch höhere Steuern, durch neue Steuern, durch Einschränkung der Ausgaben, durch Erhöhung der Tariffätze z. B. bei den Krankenhäusern, durch wirtschaftlichere Gestaltung der städtischen Betriebe. Wenn wir an die Beurteilung des Haushaltplanes herangehen, dann müssen wir uns darüber klar sein, daß die Politik der Gemeinde im wesentlichen nur der Widerstand der Reichspolitik ist.

ft. Das Reich hat den Gemeinden mit der Einführung der Reichseinkommensteuer die finanzielle Selbständigkeit genommen, es schreibt vor, welche Steuern von den Gemeinden zu erheben sind und es schreibt ferner die Ausgaben der Gemeinden vor, wie das z. B. bei der Beamtenbesoldung der Fall ist, wo ja die Gemeindeparkamente nur noch Jagdmaschinen sind. Die Wirtschaftsjahre, die Finanz- und Steuerpolitik des Reiches ist orientiert in der Absicht, die Lasten des Krieges auf die breite Masse der Bevölkerung abzuwälzen. Die gleichen Belastungen zwingt das Reich auch den Gemeinden auf. Das Reich weiß nicht, welche Einnahmen aus Steuern zu erwarten sind, demnach wissen auch die Gemeinden nicht, welchen Anteil sie aus der Reichseinkommensteuer erhalten. Dies ist die Folge davon, daß nur die Arbeiter, Angestellten und Beamten Steuern zahlen. Diese Feststellung ist nicht eine sozialdemokratische Behauptung, sondern sie stammt von dem aus bürgerlichen Dr. Kaumann, dem Geschäftsführer des Sächsischen Gemeindefages, der auf dem Gemeindefage in Chemnitz außerdem auch noch hervorhob, daß den Gemeinden, den Staaten und dem Reich die Milliarden Steuern entgehen, weil jetzt nur die Lohnempfangende Steuern bezahlen. Das Reich zwingt die Gemeinden, die vererbliche Steuerpolitik mitzumachen. Es schreibt vor, daß Grund- und Gewerbesteuer, also indirekte Steuern, zu erheben sind. Die Verträge, die der Rat unterzeichnet, betreffen ebenfalls indirekte Steuern. Das trifft sowohl für die höheren, als auch für die neuen Steuern zu. Wir sind gegen jede weitere Besteuerung der breiten Massen der Bevölkerung. Wenn weiter der Rat das Defizit im Haushaltplan decken will durch Einschränkung der Ausgaben usw. und durch Erhöhung der Tariffe, so müssen wir uns fragen, was das bedeutet. Schon im Juni 1921 schrieb der Rat den Stadtverordneten zu dem Defizit von 80 Millionen Mark, das er damals berechnete: "Wenn ferner der Kreis der städtischen Ausgaben nicht erheblich verringert wird, wenn sich nicht bald wesentliche Betriebsbeschränkungen erzielen lassen, ist eine volle Deckung überhaupt unmöglich."

Betriebsbeschränkungen bedeuten in allen Fällen eine Verschlechterung für die breite Masse

der städtischen Bevölkerung. Unsere Forderung muß nicht sein, Betriebsbeschränkungen, sondern Erweiterung der Betriebe, Ausbau des Straßenbahnverkehrs, im besonderen des Verkehrs der großen Vororte untereinander. Betriebsbeschränkung bei der Straßenreinigung bedeutet Arbeiterentlassungen und Verschlechterung der hygienischen Verhältnisse. Jetzt sind ja schon von den 1100 Arbeitern, die vor dem Kriege bei der Straßenreinigung beschäftigt waren, kaum noch 40 bis 45 Prozent beschäftigt. Diese Einschränkungen gehen also auf Kosten der Arbeiter.

Die Erhöhung der Tariffätze für die Krankenhäuser

bedeutet eine Verschlechterung für die ärmere Bevölkerung, denn die Reichen können es bezahlen oder sie gehen in Privatanstalten. Was die Erhöhung der Tariffätze bedeutet, zeigt sich ja an der Vorlage über die Gebührenerhebung in den Polikliniken, die jetzt die Stadtverordneten beschließen. Die Gebührenerhebung vertritt sich doch überhaupt nicht mit dem Charakter der Polikliniken.

Die Erhöhung der Tariffätze bei den technischen Werken

bedeutet

eine Vertenerung von Gas und Elektrizität.

Ebenso der Versuch, die städtischen Betriebe wirtschaftlicher zu gestalten. Wir haben schon in diesem Saale erklärt, daß wir allen Versuchen, wichtige Bedürfnisse der Bevölkerung durch Tarife unerschwinglich zu machen, energig Widerstand leisten, weil wir darin die Erhebung einer indirekten Steuer erkennen. Insgesamt ist das Programm, das der Rat uns vorlegt, nur die Fortsetzung der Steuerpolitik des Reiches, die den Versuch darstellt, mit kapitalistischen Mitteln den Bankrott zu lancieren. Diesem kapitalistischen Versuch stellen wir auch hier im Gemeindeparkament die sozialistischen Forderungen gegenüber: Erfassung der großen Vermögen, der Goldwerte, der großen Gewinne. Wenn im Reich diese Forderungen durchgeführt würden, dann würden damit auch die Finanznöte der Gemeinden behoben. Wir wissen, daß die Reichswirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik geändert werden muß, wenn die Gemeinden in die Lage versetzt werden sollen, die Interessen der breiten Massen der Gemeindeglieder wahrzunehmen.

Da das Reich die Gemeinden zu dieser Steuerpolitik zwingt, betrachten wir es als unsere Aufgabe, die Lasten für die Arbeiter möglichst erträglich zu gestalten. Neben dem Zwang, den die Reichsregierung uns auferlegen, stehen wir aber noch unter dem viel härteren

Zwang, die sozialen und kulturellen Aufgaben der Gemeinde zu erfüllen.

Aus dem Anteil der Reichseinkommensteuer müssen die Gemeinden zuerst ihre Pflichtaufgaben erfüllen, das sind die Ausgaben für Bureaufkratie, für Polizei, für Justiz usw. Dann erst können die Gemeinden aus ihren Mitteln kulturellen Aufgaben lösen. Zuerst

kommt der Pfaffe und der Nachtwächter, dann kommen die Kulturaufgaben!

Welchen Umfang diese Kulturaufgaben haben, das zeigt die Vorklage über das zu gründende Wohlfahrtsamt. In der Vorklage sind als Aufgaben dieses Wohlfahrtsamtes angegeben: Arbeitsvermittlung und Erwerbslosenunterstützung, Wohnungs- pflege und Mieterhilfe, Gesundheitspflege, Krankenpflege, Unterstützung von Kriegsfamilien, Unterstützung von Kriegsbeschädigten, Unterstützung von Kriegerhinterbliebenen, amtliche Jugend- fürsorge, amtliche Armenfürsorge, Wisaamt für Prostituierte, Krankenbesuchung, Volkserziehung in den städtischen Speise- anstalten. Dazu kommt in der Vorklage eine weitverzweigte Gliederung der einzelnen Aufgaben. Aber diese Aufgaben sind noch nicht alles, sie erfassen noch nicht den ganzen Kreis der städtischen Aufgaben. Erkennt sei an die entsetzliche Not unter den Arbeits- losen, unter den Fürsorgeempfängern, bei den Sozialrentnern und bei den Kleinrentnern. Erkennt sei daran, daß wir gezwungen waren, soziale Einrichtungen auf Stadtkosten zu übernehmen, daß wir das Rettungswesen, das Kinderkrankenhaus und die Kruppen- verpflegungsmittel, Hingewiesen sei auf die Zustände in den städtischen Krankenhäusern, auf den Mangel an Wäsche usw.

Alle diese sozialen Einrichtungen müssen erhalten und ausgebaut werden.

Das liegt im Interesse der Arbeiter. Dieser Zwang der sozialen Not, der auf uns lastet, ist viel härter als der Zwang der Reichsregierung. Deshalb müssen auch wir bestrebt sein, Mittel für die Aufgaben der Stadt zu beschaffen. Wir sind uns durchaus bewußt, daß die städtischen Mittel gegenüber diesen Riesenaufgaben unzulänglich bleiben. Deshalb verlangen wir Zuweisung von Mitteln durch das Reich. Die Gemeinden haben die Pflicht, gemeinsam diese Forderung zu erheben. Dazu ist ja auf dem Gemeindefage in Chemnitz ein verkehrsgünstiger Anhang gemacht worden. Besonders müssen die Gemeinden dem Reich gegenüber ihre gemeinsamen Interessen vertreten in der Steuererhebung, bei der Verteilung der Lasten zwischen Reich und Gemeinden, bei den Steuern, die den Gemeinden die erforderliche Bewegungsfreiheit geben, besonders beim Kommunalversicherungsrecht und nicht zuletzt in bezug auf die selbständige Verfügung der Gemeinden über die Polizei. In dem Verfügungsrecht der Gemeinde über die Polizei liegt ein großes Stück der Selbständigkeit. Im einzelnen werden wir bei der Beratung des Komites Polizeiamt zu der Polizei sagen, was wir für notwendig halten. Hier aber sei schon darauf hingewiesen, daß wir von der Polizei größere Aufmerksamkeit gegenüber den Angehörigen verlangen. Ich richte vor allen Dingen die Aufmerksamkeit der Polizei auf jene harm- losen Vereine, die wie z. B. der Verein "Silberner Schild" an- scheinlich Sports- und Wandervereine sind. Wie dieser Sports- und Wanderverein arbeitet, zeigt sich daran, daß bei ihm am 12. Ok- tober der Referent Cuno über "Regierungsgewalt nach der- sächsischen Landesverfassung" sprach. Welleicht interessiert sich die Polizei einmal für diese Tätigkeit. In diesem Zusammenhange sei auch ein Wort über den

Chemnitzer Gemeindefage

gefaßt. Dort hat sich gezeigt, daß im besonderen die Oberbürger- meister der großen Städte, auch der von Leipzig, die Führer der reaktionären Bestrebungen waren, im besonderen richtete sich dieses reaktionäre Treiben gegen die Gemeindefage- sungsreform. Wenn wir die Riesenaufgaben der Ge- meinden erfüllen wollen, dann ist die Verfassungsreform un- bedingte Voraussetzung dazu. Wir erwarten sie sehr bald. Die Leitung der Stadt dagegen Sturm läuft, macht es auch verständ- lich, daß das Verhältnis zwischen den Stadtverordneten und dem Rat oft zum Konflikt Anlaß gegeben hat. Es ist ja bekannt, wie oft der Rat den Beschlüssen der Stadtverordneten nicht beigetreten ist. Die ganze reaktionäre Haltung des Rates zeigt sich auch erneut bei der

Festsetzung des Termins zur Stadtverordnenerwahl.

Es ist bedauerlich, daß die reaktionäre Führung im Rate die Oberhand gewonnen hat und daß auf diese Weise auch die Ein- gemeindung so lange verzögert worden ist. So sehr aber auch die Reaktionen ihre Bestrebungen sehr durchzuführen vermögen, für die Dauer wird das ihnen nicht gelingen. Das wird ihnen auch dann nicht gelingen, wenn sie bei den bevorstehenden Stadtveror- dnerwahlen vorübergehend einen Sieg erringen würden. Wir haben aber das Vertrauen zur Leipziger Bevölkerung, daß sie die Hoffnung der Reaktionen bei den Stadtverordnenerwahlen ver- nichten wird.

Mit den aufgeführten sozialen Aufgaben, die wir dem negativen Programm des Rates, das sich aus Steuern und Lasten zusammensetzt, entgegenstellen, sind aber noch nicht alle Aufgaben erfüllt, die wir der Gemeinde zuweisen. Wir erstreben die Ver- sorgung der Bevölkerung mit den wichtigsten Bedarfsgegenständen aus kommunalisierten Betrieben. Dabei betonen wir, daß Kom- munalisierung nicht Sozialisierung ist. Vor allem erstreben wir die Kommunalisierung der Lebensmittelversorgung, der Fleisch- und Brotversorgung. Die hygienischen und sozialen Vorzüge einer solchen Regelung brauchen wir nicht im einzelnen auseinander- zusetzen. Erwähnen will ich nur, daß in kommunalisierten Be- trieben auch große Ersparnisse gemacht werden könnten, ist doch berechnet worden, daß in Leipzig 4200 Zentner Kohle erspart werden könnten, wenn das Brot statt in Kleinbetrieben im Groß- betrieb hergestellt würde, denn im Großbetrieb werden zum Baden eines Zentners Brot nur 30 Pfund Braukost gebraucht, während im Kleinbetrieb 50 Pfund erforderlich sind. In den Dienst der Lebensmittelversorgung wollen wir auch

die Güter der Stadt

gestellt haben. Die Stadt hat im eigenen Betriebe der Güter- güntlich abgeschlossen, um so schärfer ist zu beurteilen, daß eine Meldung vom Rat der Stadt in die Presse ging, nach der die Güter in Eigenbewirtschaftung mit Defizit abgeschlossen hätten. Es hätte erwartet werden müssen, daß diese Falschmeldung vom Rat herüchlichtet worden wäre.

Zu den großen Aufgaben, die wir der Gemeinde zuweisen, gehört der

Bau von Wohnungen.

Die Stadt hat große Pläne dazu aufgestellt, und auch Mittel be- willigt. Es ist trotzdem nicht so vorwärts gegangen, wie wir er- warten sollten. Wir werden unsre Kräfte einsetzen, um die Widerstände beim Rat zu überwinden, wir erwarten aber auch, daß die Arbeiterschaft den Regibus unterstützt. Vom Rat ver- langen wir rücksichtslose Durchführung der Zwangsquartierung. Noch immer steht es so, daß Zehntausende keine Wohnung haben, während Tausende eine Villa allein bewohnen oder auch leer stehen lassen. Auch die Verbindungshäuser der Studenten müssen für Wohnungszwecke verwendet werden. Die Feindschaft gegen den Regibus, die wir in der Stadtverwaltung beobachten können, werden wir bei den einzelnen Konten besonders besprechen. Zum Wohnungsbau gehört auch der Mieterchutz, den wir ja oft genug hier gefordert haben. Wenn es wahr ist, daß beim Mieteinigungs- amt eine Zustimmung zur Kündigung erteilt wurde, weil der Mieter mit seinem Betragen Anstoß beim Richter erregt hatte, so

Besonders wichtig ist uns das Schulwesen.

Wir unterzeichnen noch einmal die Kritik, daß der Rat damals nicht zum Reichsschulgeheimrat Stellung nahm, Schweigen ist auch eine Antwort, und in diesem Falle eine reaktionäre. Daß die Schule eine Klassen- und Schichten- schule ist, in der die Bildung gekauft werden kann nach dem Gehalt der Eltern, zeigt ein Blick auf die Gliederung des Schulwesens. Dieser Klassencharakter wird noch besonders unterstrichen durch die Unterschiede in den Aufwendun- gen für die Schulen. So kostet nach dem vorliegenden Haushalt- plan ein Volksschüler der Stadt 463 M., ein Thomasschüler aber 2353 M., dabei sei daran erinnert, daß sich ein Teil des Kol- legiums und die Mehrheit des Rates dagegen sträubte, daß für Volksschüler 10 M. zur Anschaffung von Lernmitteln aufgewendet werden sollten. Wir wollen, daß alle Kinder die beste Schul- bildung erhalten, demnach müssen die Volksschulen ausgebaut werden.

In der Jugendfürsorge muß noch unendlich viel getan werden. Ebenso im Fürsorgewesen, dem noch der Beigeschmack der Armen- fürsorge anhaftet. Wir verlangen im besonderen die Heran- zuehung von Arbeitern zu sogenannten Armenpflegern. Wie sehr dem Fürsorgewesen der Charakter der minderwertigen Armen- unterstützung anhaftet, zeigt die Tatsache, daß auf den Ausweis- listen für Almosenempfänger jeder Fürsorgeberechtigten darauf aufmerksam gemacht wird, daß seine Verhältnisse zu wissenschaftlichen Zwecken abgeklärt wird, wenn die Verordnungsstellen nicht auf- gebracht werden. In diesem Bemerkel auf der Ausweisliste sehen wir eine ungläubliche Gemütsroheit, außerdem charakterisiert sie aber auch sehr deutlich die Fürsorge als Armenpflege.

Im Stützwesen halten wir eine gründliche Umbildung für notwendig. Heute werden die Arbeiter mit ihren Gehältern an das Armenamt verwiesen, während die sogenannten besseren Leute aus Stützmitteln unterstützt werden. Diese Unterschiede müssen fallen.

Das Gesundheitswesen ist ein besonders umfangreiches Ka- pitel, bei dem noch viel zu tun übrig bleibt, vor allem verlangen wir hier auch den Ausbau der Bäder.

Die Volksbildungsbestrebungen erfordern unsere größte Auf- merksamkeit. Wir haben stets die Errichtung von Vorkursen in den einzelnen Stadtteilen gefordert. Wie der Rat die Volks- bildungsbestrebungen beurteilt, geht aus der Tatsache hervor, daß er das Volksbildungsamt zu einem Anhängel der Vorkursen machen will.

Das Theater muß in den Dienst der Volksbildungsbestre- bungen gestellt werden. Zu den 4,4 Millionen Mark, die im Etat für Theater und Musik gefordert werden, kommen noch die 165 000 M., die jetzt für das Konservatorium zu bewilligen sind. Wir werden für diese Zwecke mehr als 5 Millionen Mark im Jahre aufwenden haben. Wir sind eine Kulturpartei, aber Kultur ist nicht nur die dramatische Kunst und Musik, viel höhere Kultur ist die Spielkunst der Schulkinder, die Bekleidungs- kunst, mit einem Wort die Erfüllung der sozialen Aufgaben zugunsten der Arbeiter und Beamten.

Ein Wort zu den Arbeiter- und Beamtenfragen. Die städti- schen Betriebe sollen Musterbetriebe sein, soweit das unter den jetzigen Umständen möglich ist. Arbeiter, Angestellte und Beamte sollen ein Mitbestimmungsrecht haben, ohne daß deshalb die Rechte der gewählten Gemeindevorsteher beeinträchtigt werden. Wir wollen gemeinsames Zusammenarbeiten mit den sachkundigen Fachmännern zum Wohle des Ganzen. Schließlich sei noch einmal auf die Notwendigkeit hingewiesen, den Arbeitslosen, den Opfern der kapitalistischen Wirtschaft zu helfen. Was getan werden kann, muß auch aus Gemeindegeldern getan werden, soweit dem nicht reichsgesetzliche Bestimmungen entgegenstehen. Vor allem aber müssen wir bestrebt sein, Arbeit zu beschaffen.

Die Stadt hat Riesenaufgaben zu erfüllen, die sie aber nur dann erfüllen kann, wenn den gewählten Vertretern die Ent- scheidung über die Gestaltung des Gemeindefages übertragen ist. Wir wissen, daß diese Aufgaben nicht in kurzer Zeit erfüllt werden können, daß vor allen Dingen dazu die Verringerung der Verfassung und die Einwirkung und Verringerung auf die Reichspolitik not- wendig ist. Diese Forderungen erheben wir zu Beginn der Stab- beration, um der Bevölkerung zu zeigen, wie wir das Gemein- defage gestalten wollen. Wir haben das Vertrauen zu der Mehr- heit der Leipziger Bevölkerung, daß sie unsrer Auffassung aus- stimmen wird.

Als nächster Redner kam der Demokrat Dr. Jund zum Wort, der zu Beginn seiner Rede auf die Einschränkung der Selbstverwaltung der Gemeinden hinwies. Die Ge- meinden würden nur noch große Verwaltungsgebiete auf so- zialen, kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet. Hier sei der Boden für gemeinsame Arbeit. Leider bestehe keine Aussicht, daß diese Möglichkeit des Zusammenarbeitens und der Verständigung benutzt werde. Das habe die Tagung in Chemnitz gezeigt. Dann stimmte Dr. Jund ein Klagegedicht an über den Riß, der sich zwischen den Parteien in den Gemeindefragen bemerkbar macht. Die Gegenstände hätten sich verschärft, es gebe keine Verständigung, im Stadtverordnetensaal entscheide nur brutal die Mehrheit von weichen Stimmen. Die Fälle, in denen die Rechtssozialisten sich auf die Seite des Bürgerturns gestellt haben, seien in letzter Zeit immer seltener geworden. Zum Gemeindefage in Chemnitz habe Herr Kressin mit seinem Antrag (der von der Regierung beschlo- sene Gemeindevorparungsvorschlag) die Gefahr der Un- abhängigen besorgt. Er wolle fest, daß auch von den Rechts- sozialisten keine Annäherung an das Bürgerturn zu spüren sei, das gibt Klarheit, man kann sich danach einstellen und ich hoffe, daß dies geschieht. Soll das die Ankündigung der Koalition zwischen dem Juristen Jund und dem Pfaffen Jeromias sein?

Dr. Jund stellte weiter fest, daß in der Eingemeindung keine Sabotage von der Stadt getrieben worden sei. Dann zog er alle Register über die Finausschiebung der Stadtver- ordnenerwahl die Geschehnisse in den Dienst einer Partei gestellt hat. Das sei Wahlnähe und Gewalttat. Der Gedanke an die bevorstehende Wahl machte den Herrn Justizrat ganz schwach, er zitierte lateinisch: Wir, die wir doch einmal sterben müssen, grüßen unsre Nachfolger. Dabei drückte der demokratische Todesandidat die Hoffnung aus, daß es seinen Nachfolgern besser gehen möge als ihm und seinen Freunden.

Es ist immerhin nicht alltäglich, daß ein Führer seiner Partei vor dem Wahlkampf die Leichenrede hält, wie es Herr Jund für die Demokraten getan hat.

Nach dem Justizrat kam der Pfarrer Dr. Jeromias zum Wort. Er sprach den gewöhnlichen Faden, verlangte gemischt-wirtschaftliche Betriebe, das heißt Beteiligung des Privatkapitals an den städtischen Betrieben, vor allem bei der Straßenbahn. Dann stürmte er gegen den "Achtstundentagemechanismus" und gegen die hohe Bezahlung der Jugendlichen, was die Unternehmer mit besonderer Freude hören werden. Schließlich vermittelte er im Haus- haltplan "die 24 000 M., die Herrn Gener gestiftet worden sind", und zum Schluß seiner durch und durch reaktionären, arbeit- feindlichen Rede erklärte der streitbare Gottesmann mit aller Seelenruhe: Wir müssen zusammenarbeiten.

Der Bürgermeister Rott ver sprach für das kommende Reich- tungsjahr das frühere Ersehen des Haushalts. Die späte Be- ratung des diesjährigen Etats habe wenigstens das Gute, daß die Zahlen einigermaßen stimmen. Trotzdem gelte für den Haus-

Halbton das Wort „Alles ist im Fluss“. Den erneut um 28 1/2 Millionen für Gehaltssteigerungen gestiegenen Ausgaben stehen 9 1/2 Millionen Mehreinnahmen durch den Anteil des Staates an den Lehrereinnahmen gegenüber. Die Reichssteuererhebung bedroht nicht nur die Finanzkraft der Stadt, sondern ihre Selbstverwaltung überhaupt, die auf allen möglichen Gebieten beeinträchtigt werde. Das zeige sich besonders bei der Aufhebung der Zulasssteuer, wo man ohne die Städte zu fragen, so nebenher ihnen eine wichtige Einnahme weggenommen habe. Der Städteverband habe in Verhandlungen mit der Regierung einen größeren Anteil der Städte an dem Ertrag dieser Steuer gefordert. Das verlassene Jahr hat mit einem Fehlbetrag von 37 Millionen abgeschlossen, den man durch die Zulasssteuer fast hätte decken können. Die Erhöhung der Gebühren für Kranenbesitzer usw. sei auch dem Rate nicht sympathisch, Preussische Städte könnten sich mit Erhöhung der Gewerbesteuer helfen, so erhebe Essen 4000 Prozent, Ruhrort gar 24 000 Prozent, wobei die allermeisten die eigentlichen Steuerzahler sind, da uns dadurch die Aachen verteuert werden. Ein Hoffnungslosmacher bleibe allerdings die Einkommensteuer, welche erheblich höher zu betragen bringe, so daß man auf einen größeren Anteil der Stadt an dieser Steuer rechnen darf. Auf jeden Fall aber müsse die Finanzlage, in der sich die Gemeinden befinden, geändert werden, wenn man will, daß sie weiter bestehen bleiben sollen.

Die Anarchie, die Dr. Junck gegen die Reichssozialisten erhoben hatte, veranlaßte Kressin zu einer Rede, in der er es für ratsam hielt, die Annäherung der USV. an unsere Denkmäler zu konstatieren. Das gläubte im Saale Herr Kressin sicherlich niemand, denn daß er die Führung der Linken des Stadtparlamentes hat, glaubt er vielleicht selbst nicht. Das ganze Gerede war höchst überflüssig. Mit der Rede Liebmann erklärte sich Kressin einverstanden, gegenüber Dr. Junck hob Kressin hervor, es habe im Stadtparlament wohl die Möglichkeit der Zusammenarbeit, „denn wir arbeiten doch alle im Interesse der Gemeinde“.

Genosse Liebmann wies den Kressinschen Versuch, die Gegensätze zwischen bürgerlicher und sozialistischer Auffassung zu verwickeln, für die USV. zurück. Dann mußte sich Dr. Junck sagen lassen, daß die Bürgerlichen, solange sie in der Regierung lagen, die Gehaltssteigerung dauernd in unverzerrter Weise auszuweisen den Bürgerlichen gegen die Arbeiterklasse angewendet haben. Der Pfarrer Jeremias mußte sich daran erinnern lassen, daß er nicht nur die 24 000 Mk. von Geuer, sondern auch die 72 000 Mk. Gehalt hätte erwähnen müssen, die der Stadt erstanden sind, weil die Zeitverwilligung die Mängel in den städtischen Gehältern verschleiern haben, wozu bekanntlich der Pfarrer seinen irdischen und himmlischen Segen erteilt. Wenn der Pfarrer für gemeinames Arbeiten wäre, dann bliebe er nicht so wüste Behreben halten wie in Chemnitz, wo er sich öffentlich der Unwahrheit befleißigen lassen mußte. Ein bibelfester Gottesmann solle an den Spruch denken: „Du sollst nicht falsches Zeugnis reden wider deinen Nächsten!“

Die Abstraktion veranlaßte den Pfarrer noch zu der Bemerkung, daß er wirklich nicht bewußt die Unwahrheit gesagt habe, aber bekennen wird er sich trotzdem nicht.

Die übrige Tagesordnung.

Die Tagesordnung, von der wir den wichtigsten Punkt, die Etatberatung, vorangestellt haben, wies als erstes die Beratung einer Eingabe wegen Erziehung einer Zentralstelle für die Reifeprüfungsberechtigten in den städtischen Betrieben auf. Dr. Kunath beantragte als Berichterstatter, die Eingabe auf sich beruhen zu lassen, da der Betriebsausschuß keine Schlichtungsstelle für Differenzen zwischen Betriebsräten und der Leitung der städtischen Werke sei. Er verlangte, daß der Rat, statt mit einer kurzen schriftlichen Mitteilung sich zu begnügen, sich in mündlichen Verhandlungen mit den Betriebsräten verständigt. Auch Genosse Krüger forderte den Rat auf, durch Aussprache mit den Betriebsräten einen Ausgleich herbeizuführen und sie nicht erst zu zwingen, sich beschwerdeführend an die Stadtverordneten zu wenden.

Eine Eingabe wegen Zusammenlegung der städtischen Material- und Unterteilungsabteilungen wurde dem Rate einstimmig zur Berücksichtigung überwiesen, da die bisherige Zerstückelung unrentabel ist.

Die Ratvorlage, dem in seiner Existenz schwer bedrohten Konservatorium eine Beihilfe von 185 000 Mk. — der Hälfte seines Fehlbetrags — zu gewähren, gab dem Mehrheitssozialisten Hagen Gelegenheit, eine sonderbare Sparmethode des Kuratoriums zur Sprache zu bringen. Trotzdem Lehrerschaft und Studierende sich einmütig gegen die Erziehung einer weiteren Stelle erklärten, wurde ein pensionierter Offizier, Oberst Buchheim, vom Vorstände des Kuratoriums angestellt. Der Oberbürgermeister erklärte, es handle sich nicht um eine Pension. Man habe, um zu sparen, einen pensionierten Offizier angestellt, weil dieser nicht auf den vollen Betrag angewiesen sei. Da der Oberbürgermeister nicht entkräften konnte, daß Lehrer und Angestellte den Posten überhaupt für unrentabel hielten, beantragte Genosse Liebmann die Zurückverweisung der Vorlage an die Ausschüsse, um Klarheit darüber zu schaffen, wie das zu bewilligende Geld verwendet wird. Gegen die bürgerlichen Stimmen wurde so beschlossen. Allgemeines Bestreben erregte es, daß das Ministerium die wiederholten Gesuche des Konservatoriums unbeantwortet gelassen hat. Genosse Liebmann ließ seinen Zweifel darüber, daß unsere Genossen für die Erhaltung dieses Kunstinstituts vollen Verständnis besitzen und auch ihren Einfluß auf das Ministerium geltend gemacht haben.

Für Reinigung der Schulsenke wurden für die Zeit vom 1. Juli 1921 bis 31. März 1922 110 000 Mk. nachbewilligt und beschlossen, daß vom 1. April nächsten Jahres an nicht nur die Aula, Korridor, u. Türenhallenfenster — wie der Rat es will —, sondern alle Fenster der städtischen Schulen im Eigenbetrieb gereinigt werden müssen. Die Genossen Freitag und Herz verlangten, daß nicht nur die Fensterreinigung in den Schulen, sondern die gesamte Reinigung aller städtischen Gebäude in städtischer Regie ausgeführt werden solle.

Eine Eingabe des Mieterverbandes wegen der Erhöhung der Wohnmieten, der Umbildung des Mietvertragswesens usw. begründete der Genosse Schäffner als Berichterstatter und machte sich damit bei den Hausbesitzern recht beliebt. Herr Krimse stimmte ein großes Mägelchen an. Der Boden Leipzigs sei eher billiger als teurer geworden. Es fehle an Auffassung, welche schwere Lasten auf dem Grundbesitzer ruhen. Der Arbeiter brauche nur eine Hütte am Tage weniger zu mieten, dann könne er seine ganze Miete bezahlen. Dem Hausbesitzer, der viel mehr Grund zur Klage habe als der Mieter, könne nur die Aufhebung der Zwangsrenten in Wohnmieten helfen.

Genosse Krüger forderte energisch, daß mit den Heberspannungen im Mietvertragsamt Schluss gemacht werde. Er protestierte vor allem dagegen, daß das Mietvertragsamt sich dazu hergibt, die Untermieten zu steigern und verlangt die Wiederherstellung der vollen Treppendeckelung. Den Hausbesitzern hielt er als Zeichen des bel ihnen so oft mangelnden Verständnisses und Entgegenkommens den trafen Fall in Stöcker vor, wo der Hausbesitzer G. Wolke den Kindern den Hof zum Spielen verschloß und dadurch unmittelbar dazu beizug, daß ein Kind beim Spielen in der Sandgrube tödlich verunglückte.

Der Stadt. Neu konstatierte, daß nach wie vor die Tätigkeit der Sachverständigen am Mietvertragsamt die Quelle vielen Unmuts sei, daß zu Vorhänden noch immer Leute bestimmt werden, die das soziale Verständnis vermissen lassen, und verlangte, daß den Mietern die Gründe der Vermieter vor dem Termin mitgeteilt werden.

Herrn Dr. Krichner war die in der Eingabe enthaltene Drohung mit dem Mietstreik auf die Nerven gefallen. Mieterräte lehnte er ab, da keine gesetzlichen Grundlagen dafür existieren, und gar „wilde“ Mieterräte sind ihm ein Grauel und Schauer. Er wünschte, daß die Eingabe dem Rate nur zur Kenntnisnahme überwiesen werde, das Kollegium beschloß aber Berücksichtigung. Auch der letzte Punkt der Tagesordnung gab den Hausbesitzern Gelegenheit zu zeigen, daß ihnen Privatinteressen über denen

der Allgemeinheit stehen. Der Rat hatte bei dem Verkauf eines Hauses in der Hallesche Straße im Interesse der Stadt sein Vorkaufsrecht geltend gemacht, was Herr Krimse so erwiderte, daß er hauptsächlich, der Rat hätte von hinterherum den Hausbesitzern das Geschäft verdoeben. Stadtrat Lampe trat ihm entschieden entgegen und nach kurzer Aussprache wurde der Ratvorlage, das Haus Hallesche Nr. 20/24 für 1 100 000 Mk. anzukaufen, mit großer Mehrheit zugestimmt.

Im übrigen wurden noch 52 000 Mk. für Rattenvergiftung bewilligt und der Rat ersucht zu prüfen, ob auf Grund der Verordnung vom 31. März 1915 die Hausbesitzer zum Ersatz der hohen Auslagen herangezogen werden können.

Außerdem wurde die Ausgabe von 408 750 Mk. für weitere Anstreicher- und Dachdeckerarbeiten im Vieh- und Schlachthof gutgeheißen. An die öffentliche Schloß noch eine nichtöffentliche Sitzung. — Vorausgegangen war eine kurze gemeinschaftliche Sitzung beider städtischen Kollegien, in der Abgeordnete in die Verbandversammlung des Fürsorgeverbandes, Vertrauensmänner in den Ausschuss zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen, sowie Sachverständige für Enteignungen von bebauten und landwirtschaftlich benutzten Arealen gewählt wurden.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 13. Oktober.

Parteiangelegenheiten.

Bühnig. Genossinnen, die an der Beschäftigung der Pflegeanstalt in Lindenau teilnehmen wollen, treffen sich Freitag, nachmittags 1 Uhr, am Weisweiplatz.

Leusch. Freitag, abends 7 1/2 Uhr, in Vater Jahn wichtige Funktionärsitzung. Material von der Werbeweche ist zurückzugeben.

Ratsbeschlüsse.

Am 13. November Stadtverordneten-Wahl. Die Ausführungsbestimmungen zum Ortsgesetz über die Stadtverordneten-Wahlen wurden genehmigt und am Wahltermin, dem 13. November 1921, festgehalten.

Höhere Theater-Eintrittspreise. Die Vorschläge der Intendantin über die Erhöhung der Erhaltung aller Ausgaben und Aufwendungen vom 1. November d. J. ab nötig werdende Erhöhung der Eintrittspreise wurden genehmigt.

Verpflanzungssteuer. Der 28. Nachtrag zur Steuerordnung, Verpflanzungssteuer betr., durch welchen die bisherigen Leipziger Bestimmungen mit den vom Reich erlassenen Vorschriften in Einklang gebracht werden, wurde genehmigt. Da nach den Bestimmungen des Reichsrats künftig ein großer Anteil bisher steuerpflichtiger Verpflanzungen steuerfrei zu lassen ist, ferner in Zukunft künstlerisch hochstehende Veranstaltungen nur mit 10 Prozent des Bruttoertrages herangezogen werden dürfen und die Mindeststeuererträge nach den Reichsratsvorschriften zum Teil hinter den jetzigen Leipziger Sätzen zurückbleiben, bedurfte es zur Deckung der sonst entstehenden Fehlbeträge einer Umarbeitung und des weiteren Ausbaues der Leipziger Bestimmungen, soweit dies innerhalb der Normen der Reichsratsbestimmungen möglich und zulässig war.

Die Erhöhung des Grundbesitzsteuerstarfs um 23 Mark pro Kubikmeter mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 ab wurde genehmigt.

Das Rechnungsjahr 1920/21 für die bürgerliche Gemeindev- und Schulgemeinde schließt mit einem Fehlbetrag von 39 745 800,81 Mark ab. Außerdem liegt noch bei der Straßengasse für das gleiche Rechnungsjahr ein Fehlbetrag in Höhe von 12 300 458,20 Mark vor. Zur Deckung des Fehlbetrags von 39 745 800,81 Mark soll der Anpruch der Stadtgemeinde an das Reich für den Ausfall der Zulasssteuer vom Mindesteinkommen als noch zu erwerbende Einnahme mit 25 Millionen Mark zurückgerechnet werden. Weiter ist der Mehrertrag der städtischen Gewerbesteuer von 1920/21 in Höhe von 5 Millionen Mark diesem Rechnungsjahr zu überwiesen und aus der Steuerertragsrücklage der bürgerlichen Gemeinde und der Schulgemeinde ein Betrag von 3 Millionen Mark zu entnehmen. Der dann noch verbleibende Restbetrag von 8 745 800,81 Mark soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Zufuhr für den Palmengarten. Der Pauschalplan für den Palmengarten auf die Zeit vom 27. Juli 1921 bis zum 31. März 1922 wurde unter Bewilligung eines Zuschusses von 491 100 Mark zu Lasten des Kontos 42 des Haushalts für 1921/22 genehmigt.

Kinderpelung. Von einem Bericht über das Ergebnis der am Veranlassung der englischen Menschenkinderin Wlly Hohhouse veranstalteten Kinderpelung wurde Kenntnis genommen. Wlly Hohhouse hat durch ihre unermüdbare Tätigkeit im Dienste der Nächstenliebe es erreicht, daß vom Januar 1920 bis Mitte Juli 1921 insgesamt 3 444 029 Portionen warmes Mittagessen an Schicksalinder verabreicht werden konnten; außerdem kamen noch Milchbrühen und belegte Brötchen unter einem großen Ansehen von Kindern zur Verteilung. Der Erfolg war außerordentlich erfreulich. Bereits Ende des Sommers 1920 war trotz der Sommerzeit bei 88 Prozent der Anaben und 78 Prozent der Mädchen eine Gewichtszunahme von durchschnittlich 1 Kilogramm für das Kind festzustellen. Gegenwärtig erhalten die Kinder seit Mittagessen mehr, sondern ein Milch- oder Schokoladenstück mit Brötchen. Wie sehr die Wlly Hohhouse rund 12 375 000 Mark ihrem Liebeswerke beigetragen hat, die großzügige Durchsichtung dieses von der Quäntelprüfung durchaus unabhängigen Unternehmens war nur möglich, weil Wlly Hohhouse in Leipzig die tätige Unterstützung und bereitwilligste Mitarbeit seitens hiesiger Bürger zuteil wurde. Namentlich Frau Mansfeld hat mit ihren reichen Erfahrungen aus der Zeit der Kriegsjahre hierbei die wertvollste Mitarbeit geleistet; ihren Bemühungen ist es besonders zu danken, daß viele Damen ihre Zeit fast unentgeltlich für die Kinderpelung geopfert haben. Es wurde beschlossen, den Stadtverordneten hier von Mitteilung zu machen.

Maßnahmen zur Verminderung des städtischen Personals. Ferner wurde zugestimmt einer vom Personalamt ausgearbeiteten Vorlage, enthaltend eine Aufstellung über den gesamten städtischen Personalbestand und Vorschläge über Maßnahmen zu dessen Verminderung sowie in Verbindung damit der Bewilligung eines Berechnungsbetrags von 10 000 Mark zu Lasten des Kontos 42, bei. Anl. außerordentlich, zur Gewährung von Belohnungen an Beamte und Angestellte für Geschicklichkeitsvorschläge. Zustimmung der Stadtverordneten hierzu ist einzuholen.

Die Mumen für Görlitz.

Am Dienstagabend teilten die Leipziger Reichssozialisten die Beratung über den Görlitzer Parteitag fort. Großes Interesse wurde dieser Versammlung nicht entgegengebracht, denn nach der Freien Presse waren nur „gegen“ 200 Personen anwesend. Die Situation beherrschten die alten Herren, die national-liberale Reden hielten und die sich besonders gegen die Jugend wandten, die noch einige Neigung zur Opposition zeigten. Buch meinte, die älteren Genossen wählten, daß die Demokratisierung nicht so schnell vor sich gehen könnte, wie die Stürmer glaubten, von denen man manchmal annehmen könnte, sie hätten ein falsches Parteibuch in der Tasche. (Also immer langsam voran, damit auch der rechtssozialistische Landsturm nachkommen kann.) Es ist ein erwidertes Buch, Alter schloß vor Torheit nicht. Mumen sollten nicht konterbiert werden. Die alten national-liberalen Herren gerieten bei dem Wort Mumen in einige Aufregung, so daß Schön erklärte, er hätte sie nicht gemeint — sondern die falsche Gewerkschaft! Siebold meinte, Erfahrung und Willen aller Genossen sollten respektiert werden. Auch in der Partei sei eine gewisse Rehrzeit nötig, mancher junge Genosse glaube sich schon berechtigt, den Rehrzeitel zu führen. (Schreie.)

Diese paar Braten genügen, um den Beweis zu liefern, daß die alten rechtssozialistischen Herren in Leipzig den Reform geist-

ger Rückständigkeit erreicht haben. Ihre Meinung ist aber maßgebend, denn ihre „Erfahrung“ und ihr „Wissen“ werden noch respektiert, und die jungen Genossen können sich nicht durchsetzen. Deshalb beifolgt denn auch die Versammlung für die Görlitzer Beifolger einzutreten. Die alten Herren haben wohl „geliegt“, aber Ruhm haben sie nicht geerntet. Ihr Verhalten wird auf die jungen Kräfte abfälschend wirken, in anderen Orten laufen die Proletarier, die der rechtssozialistischen Partei angehören, bereits Sturm gegen eine solche Verkopplung der Partei an die Stimmlosen.

Eine kommunistische Ohrfeige für den Roten Kurier.

Das hiesige kommunistische Blattchen erörtern in bekannter Art die Versammlung der Leipziger USPD, vom Sonntag sowie die Resolution. Er meint, diese Resolution lehne nicht grundsätzlich das Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien ab. Das ist natürlich in der Wahl. Der Rote Kurier muß aber zu solchen Methoden greifen, da er andere Waffen gegen die USPD, nicht in Anwendung bringen kann. Uebrigens ist es eine kommunistische Feltung, die sich in dieser Frage stellt gegen den Roten Kurier wendet. Es ist der Kämpfer in Chemnitz, der zu der Resolution schreibt:

„Die Resolution spricht klar aus, daß jede Koalition mit bürgerlichen Parteien nur unter Verzicht auf die proletarischen Forderungen geschehen kann. Die unabhängigen Arbeiter verbitten sich auch, über ihre Köpfe hinweg eine solche Koalition einzugehen. Das ist der Wille der Arbeiterschaft, der sich immer mehr durchsetzt.“

Damit bestätigt der Kämpfer, daß der Rote Kurier die Unwahrheit geschrieben und sich damit einer verächtlichen Kampfesweise gegen die USPD, bedient hat. Wie weit die Strupelhaftigkeit geht, zeigt auch die Tatsache, daß der Rote Kurier dem Genosse Bloch nachsagt, er hätte „ehrlich“ erklärt, daß er gerade so gut wie Hilferding eventuell auch bereit sei, mit der Deutschen Volkspartei eine Koalition einzugehen. Die Lage des kommunistischen Blattchens muß verzweifelt sein, daß es zu solchen Mitteln greifen muß, um seine paar Leser an der Stange zu halten.

Sitzung, Kurse!

Die Bezirkskurse, in denen Genosse Saube über Grundlagen der Volkswirtschaft spricht, beginnen: Sildbezirk und Zentrum: Freitag, den 14. Oktober, abends 7 Uhr, in der 8. Volksschule, Connewitz, Herderstraße 8. Hörerarten zum Preise von 5 Mk. für je fünf Vorträge können nach vor Beginn des Kurses erhoben werden.

Die Zentralkurse beginnen:

Einführung in das Kunstverständnis, mit Lichtbildern, Redner Gen. Greiner (Gera), Sonnabend, 13. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Hörsaal V der Hochschule für Frauen, Königsstraße 18. Hörerarten für je fünf Abende 5 Mk.

Geschichte, Redner Genosse Saube, Sonntag, 18. Oktober, vormittags 9 Uhr, im Hörsaal V der Hochschule für Frauen, Königsstraße 18. Hörerarten für je zehn Vorträge 10 Mk.

Grundlagen der Naturerkenntnis, Redner Gen. Dr. Wopik, Dienstag, 18. Oktober, abends 7 Uhr, im großen Hörsaal des Zoologischen Instituts, Talstraße 35. Hörerarten für je fünf Abende 5 Mk.

Allgemeines Arbeiterbildungsinstitut Leipzig.

Steuerzahlungen. Das Steueramt teilt mit: Das steuerzahlende Publikum überzieht vielfach die schon seit Jahren bestehende Vorkehrung, daß Barzahlungen von Steuern, die vom Stadtsteueramt einzulösen sind, nur unmittelbar an dessen Kassentellen, die sich Rathhausung 5 und Nonnenmühlengasse 8 sowie bei den Vorortsteuerbehörden befinden, geleistet werden dürfen, und daß zur Gültigkeit der Steuerzahlungen immer die Unterschrift des Kassenzüehers und die des Buchführers erforderlich sind. Vor Steuerzahlungen an Personen, welche die zur Empfangnahme und Quittungserteilung nicht berechtigt sind, tut dies auf eigene Gefahr. Bei Zahlungen an den Vollstreckungsbeamten genügt zur Gültigkeit der Quittung dessen alleinige Unterschrift.

Wegen harter Anlieferung von Gütern bei der Güterabfertigung Leipzig Dresden Bahnhof wird am 13. und 14. Oktober die Annahme von Frachtkübeln nach Richtung Preußens gesperrt.

Zum Besten der Opfer von Oppau wird Freitag, 14. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, in Papa Kleinerh Märchen spielen, Handelshof, Grimmische Straße, eine Sondervorstellung gegeben. Zur Aufführung kommt das freudig aufgenommene, nach Hauff bearbeitete Märchen: Der kleine Muck. Für diesen Abend wird ein Eintritt von 3 Mk. erhoben, die gesamte Einnahme gilt ohne jeden Abzug den Opfern von Oppau. — Der Arbeiterschaft wird um Unterstützung gebeten.

Allgemeines Arbeiterbildungsinstitut Leipzig.

Das Museum für Völkertunde veranstaltet diesen Winter zwei Vortragskurse unter dem Gesamttitle: Einführung in die Völkertunde. Mit Lichtbildern und Vorlagen aus dem Museum. Den ersten Kursus hält der Direktor Professor Dr. Wente, den zweiten Rufus Dr. Fr. Krause ab. Beide Kurse finden Sonnabends um 8 Uhr statt, der erste vom 5. November bis 10. Dezember d. J., der zweite vom 7. Januar bis 11. Februar 1922. Teilnehmerarten zu je 8 Mk. für den Kursus sind während der täglichen Öffnungszeiten an der Kleiderablage des Stadtmuseums zu entnehmen. Näheres an den Ankündigungen.

Kassoloffraute und deren Angehörige erhalten kostenlos Rat und Hilfe durch die Beratungs- und Fürsorgestelle Leipzig, Töpferstraße 2, I (Zugendheim). Sprechstunden jeden Mittwoch nachmittags 4-6 Uhr.

Polizeinachtichten.

Zimmer wieder der unkluge Radfahrer. Vor einigen Tagen wurde an dieser Stelle auf einen unbekannt Radfahrer hingewiesen, der junge Mädchen, die leicht größere Schulmädchen, durch sein schamloses Gebahren und durch anmaßliche Redensarten belästigt. Dieser Mann treibt immer noch kein Unwesen, ohne daß es bisher erkennen wäre, ihm fernzunehmen. Es liegen bei der Kriminalabteilung eine ganze Anzahl Anzeigen über solche Fälle vor und zwar quonamlos aus dem Südviertel, zu denen zweifellos ein und dieselbe Person als Täter in Frage kommt. Er wird von allen Betroffenen übereinstimmend beschuldigt: etwa 30 Jahre alt, 1,68-1,70 m groß, dunkles Haar, kleiner schwarzer Schnurrbart, bedeckt mit dunklen, bräunlichem Jodetanzen oder auch sehr grauem Haat und dunkler Nase bzw. dunklem Jodett und blickt dabei, sowie hellen oder auch schwarzem weitem Hut. Vermutlich wohnt der Mann im Südviertel. Es wird gebeten, bei erneutem Auftreten alles zu tun, um seine Festnahme zu ermöglichen. Etwaige verdächtige Maßnahmen teilen man sofort der Kriminalabteilung oder der nächsten Polizeiwache mit.

Warnung vor unberechtigter Gas- und Stromentnahme. Es werden sich die Fälle, in denen von städtischen Gas- oder Elektrizitätsleitungen verbotswidrig Gas oder Strom entnommen wird. Eine atonale Anzahl Anzeigen sind der Kriminalabteilung übergeben worden, die sie wegen Einleitung der Strafverfolgung an die Staatsanwaltschaft weiterleiten muß. Dort sind bereits ganz empfindliche Beiträge erfolgt. Es wird deshalb nachdrücklich gewarnt, Gas oder Strom unberechtigterweise zu entnehmen, da dies in allen Fällen unabweislich verfolgt werden wird.

Wer kann Angaben über nachstehenden Unfall machen? Am Sonnabend, den 1. d. M., nach, gegen 5 Uhr, ist an der Ecke der Bamberger und der Körnerstraße eine 70jährige Witwe beim Ueberqueren der Straße von einem nach dem Banerischen Bahnhof zu fahrenden unbekanntem Radfahrer ungerissen worden. Die Witwe war sofort von ihrem Nabe abgerufen und hatte die alte Frau mit Hilfe eines Passanten in ein nates Drogegeschick gebracht, wo ihr ein Notverband angelegt wurde. Wer über den Vorgang des Unfalls genaue Angaben zu machen vermag, möge dies baldmöglichst bei der Kriminalabteilung oder der nächsten Polizeiwache tun.

Sächsische Angelegenheiten.

Einen Schritt vorwärts.

Von Rich. Lipinski.

Der Sächsische Gemeindeförderungsausschuss hat auf seiner letzten Sitzung den Vorentwurf einer Gemeindeförderung als eine geeignete Grundlage für einen Gesetzesentwurf erklärt und die Dringlichkeit der Gemeindeförderung anerkannt. Der Beschluss wurde mit großer Mehrheit gefasst und bedeutet eine moralische Stärkung der Regierung. Diese politische Wirkung des Beschlusses kann man nur voll würdigen, wenn man den Werdegang der sächsischen Gemeindeförderung verfolgt.

Die bestehende Gemeindeförderung entstammt einer Zeit, in der das liberale Bürgerium zur politischen Macht gelangt war. Die ersten Beschlüsse des Landtages wurden 1869 gefasst und das Gesetz selbst 1873 vollendet. Zugleich mit der Gemeindeförderung wurde das Bezirksverbandgesetz und das Gesetz über die Organisation der Behörden verabschiedet. So bestanden in Sachsen verschiedene Arten von Gemeinden mit besonderen Verfassungen. Die kleinen Landgemeinden ohne Gemeinderat, die Landgemeinden, die großen Landgemeinden, die mittleren und kleinen Städte mit der Gemeindeförderung und die Städte mit Republikarischer Städteordnung und Ratverfassung und unter diesen wieder eine Anzahl exzempter Städte. Die Landgemeinden und nicht exzempten Städte wieder waren zu Bezirksverbänden zwangsläufig vereinigt. Im Laufe der Zeit, namentlich als die Arbeiterbewegung in den Gemeinderäten fand, wurde das Gemeindeförderungsgesetz veraltet. In Erinnerung ist noch das Klassenwahlrecht und die Ausweisung der unangehörigen Wähler in den Landgemeinden bis zu acht Wählerklassen. Wenn auch im Laufe der Zeit der Entwicklung einige Konzeptionen gemacht werden mußten, — hierzu gehört, daß den größeren Landgemeinden größere Selbstständigkeit einräumte, das Gemeindeförderungsgesetz geschaffen wurde —, so wurde doch die Verfassung der Gemeindeförderung, die autoritative Verfassung schwer empfunden, zumal Sachsen mit Preußen dem reinen Industriestaat näher kam. So dringlich eine Gemeindeförderung empfunden wurde, so blieb die Gemeindeförderung, insbesondere das Gemeindeförderungsgesetz, fast unberührt.

Dann kam der Novemberreform 1918 und alles off die Klassenwahlrechte in Stadt und Land hinweg, räumte mit den Bürgerwahlen auf und gab allen Einwohnern vom 20. Lebensjahre an das gleiche Wahlrecht. Damit war nur ein Teil der Hemmnisse beseitigt; notwendig blieb die Gemeindeförderung. So notwendig die Reform der Gemeindeförderung war, so wenig konnte sie durch schnell hinweggeworfene Verordnungen gelöst werden. Sie mußte unter Würdigung der Entwicklung organisch aufbauen werden. Auf dem Gemeindeförderungsausschuss in bezug auf die Organisation der Finanzämter durch Erbacher von einem blühenden Disziplinismus gesprochen worden, und der jubelnde Beifall galt wohl auch dem Vorentwurf der Gemeindeförderung. Mit Anrecht. Die Mitglieder des Gemeindeförderungsausschusses haben, übersehen den Werdegang der Gemeindeförderung in Sachsen. Seit der Revolution ist nichts zerstört worden, für das nicht Ersatz vorhanden war. Als durch die Verordnung vom 28. November 1918 die Gemeindeförderung aufgelöst wurden, blieben die Gemeindeförderungsvorgänge bestehen. Und als die Gemeindeförderungsvorgänge vollzogen waren, wurde erst die Verwaltung der Gemeinden umgestellt.

Dann wechselten die Männer in der Regierung. Die durch die Umwälzung entstandenen Aufgaben türmten sich, der Widerstand gegen eine Gemeindeförderung wuchs, und so suchte man auf dem Wege der Ertrags- bis zur Meinung der Gemeinden und Behörden über die Gemeindeförderung zu erforschen. Fragebogen gingen ins Land und kamen an das Ministerium zurück, und in einer umfangreichen Denkschrift wurde das Für und Wider, der Umfang und die Bedeutung der Reform erörtert. Die Denkschrift ging der Volkstammer zu, und diese sollte aus dem Material Richtlinien herausarbeiten, die der Regierung für eine Gesetzesvorlage als Unterlage dienen sollten. Es kam nicht dazu. Die Volkstammer hat zwar die Denkschrift beraten, wußte mit ihr aber nicht allzuviel anzufangen und ließ sie schließlich liegen, bis der Tod der Volkstammer sie begrub.

Dann kam im Dezember 1920 der Regierungswechsel, und die neue Regierung stand vor der Frage, ob sie die Denkschrift dem Landtage vorlegen sollte. Sie entschied sich, das nicht zu tun, sondern kündete an, daß für die Gemeindeförderung eine Gesetzeskommission dem Landtage zugehen würde.

Das Versprechen war nicht leicht auszuführen. Durch die Umstellung der Steuerrechnung blieben die Steuern ungenügend und die Gemeinden kamen in Finanznöte. Just in der Zeit, in der die Regierung den Gemeinden die freieste Selbstverwaltung geben wollte, wurde sie als Aufsichtsorgan gerade von den Gemeinden mit Anforderungen bestrahlt. Dem Gedanken der Reform, namentlich aber der Kommunalisierung der Amtshauptmannschaften, konnten sich erhebliche Widerstände entgegen. So entschloß sich das Ministerium des Innern, zunächst das Gemeindeförderungsgesetz neu zu regeln. Im Februar wurde dann der Auftrag gegeben, einen Entwurf für die Gemeindeförderung auszuarbeiten. Die Lösung wurde nicht befriedigend gefunden, namentlich blieben die Amtshauptmannschaften völlig unberührt. Das Gemeindeförderungsgesetz wurde dem Landtage vorgelegt, aber von diesem zurückgestellt bis zur Erledigung der Gemeindeförderung.

Nun tauchten die Gedanken des Schriftstellers früher auf. Dieser erhielt den Auftrag, einen Entwurf auszuarbeiten, der folgerichtig die Selbstverwaltung der Gemeinde auf bester Grundlage aufbaute, die Bürgermeisterversammlung vorschalt, also das Zweikammernsystem beseitigte und die Kommunalisierung der

Amtshauptmannschaften erstrebte. Der Entwurf entstand. Er führte das Prinzip der Selbstverwaltung durch und deutete einige offene Fragen, so die Gemeindeverbände und die Beseitigung der Kreisamtsverwaltungen, nur an.

Es ist verfehlt, den Vorentwurf auf seine juristische Formulierung hin zu kritisieren. Sein Wesen ist der eigentliche Aufbau der Gemeindeförderung, die folgerichtige Durcharbeitung des Prinzips der Selbstverwaltung, und ferner, daß mit seiner Veröffentlichung aus der theoretischen Erörterung zur praktischen Durchführung der Gemeindeförderung geschritten wurde. Scheidet man die juristische Erörterung aus und hält sich an das Prinzip, so ergab der Gemeindeförderung ein überraschendes Resultat.

Der Vorstand wollte die Reform hinauschieben. Er wollte eine Studienkommission einsetzen, die sich wieder mit dem vom Reichsstadtdirektor eingesetzten Studienkommission in Verbindung setzen sollte. Die Gemeindeförderung ist immer ein Briefing der Einzelstaaten gewesen. Deshalb bestehen allein in Preußen mehrere Gemeindeförderungsgesetze, die nach der wirtschaftlichen Struktur der Provinzen völlig verschieden sind. Dazu kommen die Gemeindeförderungsgesetze der anderen Länder. Sie alle zu studieren, das Beste davon auszuwählen, oder gar auf das Reichsgemeindeförderungsgesetz warten, hieß die Reform für Sachsen auf Jahre hinauschieben.

Und nun traten die Referenten auf. Einer nach dem andern erklärte, daß im Prinzip der Vorentwurf eine geeignete Grundlage für eine Gesetzesvorlage sei. Selbst die besoldeten Ratshausmitglieder hoben zwar ihre Bedenken wegen der Gefährdung ihrer Stellung hervor, erklärten sich aber für die Reform und ließen durch ihren Redner verkünden, daß sie sich auch zur Beseitigung stellen würden, wenn die lebensfähige Anstellung fallen würde. War so schon Klarheit für die Gemeindeförderung geschaffen, so wurde die Erörterung der Bezirksverbände für diese zur Katastrophe. Der erste Berichterstatter, der zur Kommunalisierung der Amtshauptmannschaften Stellung nahm, bekannte, daß er erst gegen die Kommunalisierung gemessen sei, daß er aber durch das Studium der Frage zur gegenteiligen Auffassung gekommen sei; er belagte die Notwendigkeit. Der zweite Berichterstatter, Gemeindeförderungsrat Kleinhenkel, sprach über die Bezirksverbände den Stab. Trotz ihres fast hundertjährigen Bestehens seien sie nie bodenständig geworden, hätten sich nie eingebürgert. Er trat für ihre Beseitigung und den Ausbau der Gemeindeverbände ein. Die Vertreter der Landgemeinden hatten sich tags zuvor gegen zwei Stimmen für die Reform erklärt.

Der Gemeindeförderungsausschuss lehnte die Studienkommission als verfehlte Verwirklichung ab. Wenn auch die Regierung die Resultate einer solchen Studienkommission nicht abwarten brauchte, so würde ein solcher Beschluß doch eine gewisse Hemmung der Reform gewesen sein. Der Gemeindeförderungsausschuss erkannte den Vorentwurf als geeignete Grundlage für einen Gesetzesentwurf und erkannte die Dringlichkeit der Gemeindeförderung an. Damit lehnte er die autoritative Verwaltungsform ab, forderte die konsequente Durchführung der freien Selbstverwaltung für alle Gemeinden und Regierte und bekannte seinen Willen zur Gemeinschaftsarbeit in Gemeinde und Staat. Dadurch gewinnt der Beschluß des Gemeindeförderungsausschusses politische Bedeutung und wirkt für eine Stärkung der Regierungspolitik.

Nun gilt es, die Einwände zu prüfen, die sachlich zu verarbeiten, den Rohbau zu vollenden, die Sachaufgaben zur Überprüfung heranzuziehen und dann den so ausgefüllten Entwurf dem Landtage zu unterbreiten. Wenn guter Wille vorhanden ist, kann die Gemeindeförderung im Sommer 1922 vollendet sein.

Eine Aussprache der Landesleitungen der beiden sozialistischen Parteien Sachsens.

Auf Anregung der SPD. fand am 23. September 1921 in Dresden eine gemeinsame Sitzung des Landesauschusses der SPD. und des Landesvorstandes der USF. statt. Gegenstand der Aussprache bildete die bevorstehenden Gemeindeförderung in Sachsen und die durch die Landesversammlungen beider Parteien ausgeprochene Bereitwilligkeit zur Bildung von parlamentarischen Arbeitsgemeinschaften.

Als Ergebnis dieser Aussprache kann festgestellt werden, daß Übereinstimmung darüber herrscht, daß der Wahlkampf in schärfster Weise gegen das Bürgerium geführt werden muß und daß alles zu unternehmen ist, was geeignet ist, die Arbeiterklasse zu stärken und den Wahlkampf zu einem proletarischen Bruderkampf zu machen. Jede der beiden Parteien wird den Wahlkampf durch einen in diesem Sinne gehaltenen Aufzug selbstständig eröffnen. Zur Auktionsbindung erklärten sich beide Parteien bereit, um die Bestimmen der Arbeiterklasse zu erhalten.

Bezüglich der Frage der Arbeitsgemeinschaften herrschte darüber Übereinstimmung, daß unter voller Wahrung der Selbstständigkeit jeder der Parteien in den Gemeinde- und Staatsparlamenten solche gebildet werden können. Diese Arbeitsgemeinschaften sollen dazu dienen, bei wichtigen, die Arbeiterinteressen betreffenden Fragen eine Verständigung der proletarischen Parteien herbeizuführen. Des weiteren bestand beiderseitige Übereinstimmung dahingehend, daß zur Beratung wichtiger, die Arbeiterinteressen betreffender Fragen die Landesleitungen beider Parteien zusammenkommen, wenn dies als notwendig erscheint.

Zur Einberufung des Landtags.

Die Staatszeitung teilt mit: Der Landtag sollte nach einer in verschiedenen Häusern übergegangenen Korrespondenzmeldung am Dienstag, 8. November, zusammentreten, und es wurde auch bereits die Tagesordnung für die erste Sitzung genannt. Es handelt sich hierbei aber lediglich um eine Kombination. Der Tag des Zusammentritts des Landtags wird durch Verein-

barung des Landtagspräsidenten mit dem Ministerpräsidenten festgelegt; eine solche Vereinbarung hat aber bis jetzt noch nicht stattgefunden.

Dresden. Hier brachte ein älterer Handwerker in seiner Wohnung Treibkörper, vermutlich Militärrückstände zur Entladung, um sich so das Leben zu nehmen. Die Explosion verletzte ihn am Gesicht und an den Händen und richtete erheblichen Schaden in der Wohnung sowie in dem Gebäude an. Die Feuerwehr mußte einzutreten, um den durch die Explosion entstandenen Brand zu löschen.

Zwickau. Bei der Gemeinderatswahl in Niederhain erhielt die gemeinsame Liste der SPD. und USF. acht Sitze und die Liste des christlichen Elternvereins einen Sitz.

Chemnitz. Auf der Annaberger Straße an der Ecke der Brinjenstraße in Chemnitz ereignete sich ein schwerer Autounfall. Es stießen zwei Personkraftwagen zusammen, wodurch einer umkehrte. Die drei Insassen, Kaufmann Luchinger, dessen Frau und der Führer Plep, sämtlich aus Chemnitz, gerieten unter das Auto. Durch die hinzugekommene Feuerwehr wurden die Verunglückten aus ihrer kritischen Lage befreit und im Krankenwagen in das Stadtkrankenhaus gebracht. Die Frau und der Kraftwagenführer sind schwer verletzt.

Crimmitschau. Auf Veranlassung des städtischen Arbeitsamtes in Crimmitschau ist dort im Einzelnehmen mit Vertretern der Industrie, des Handwerks, der Schulen und des Schulrates die Errichtung einer Berufsberatungsstelle in Angriff genommen worden.

Schneeberg. Im Stadtwalde hat der Wohlfahrtspflegerverband Schneeberg-Grleichbach mit weitgehender Unterstützung des Landesamtes für Arbeiterfürsorge in Dresden eine freundliche Halle, die als Liegestätte für Kinder, die durch lange Krankheit, harte Blutmarmut und Unterernährung in Gefahr stehen, ungenügend zu werden, dient, errichtet.

Geyer. Die Stadtverordneten haben die Einführung einer Taxistoursteuer beschlossen, dergestalt, daß für jede Tour 10 Pfa. Steuer erhoben werden soll.

Falkenstein. Auf den abends 8.27 Uhr hier antommenden Personenzug wurde zwischen Falkenstein und Elfeld ein Revolver verlohren. Der von unbekannter Hand abgegebene Schuß ging über die Köpfe der Fahrgäste hinweg und durchbohrte die Wände des Personenzuges auf beiden Seiten.

Langenb. Ein Schulknabe hatte sich den Revolver eines Vaters verschafft und steckte damit auf ein Mädchen, in der Annahme, daß der Revolver nicht geladen sei. Pöflich löste sich ein Schuß, der das Mädchen am rechten Oberarm verletzte und in den Unterleib eindrang. Trotz sofort eingeleiteter Operation konnte die im Becken festliegende Kugel nicht entfernt werden. Das Geschöß hat die Eingeweide des Mädchens mehrfach zerrissen.

Helmstedt. Ein schwerer Unglücksfall hat sich am Montagvormittag auf dem staatlichen Braunkohlenwerk zugegetragen. Der unverheiratete Arbeiter Krause geriet unter eine Lokomotive und wurde infolge Überfahrens an einer Körperstelle schwer verletzt. Er wurde in das Zittauer Krankenhaus gebracht, wo er in bedenklichem Zustand daniederliegt.

Briefkasten der Redaktion.

H. N. Nobelle, für die der Schuß als Gebrauchsmuster vorliegt, wird bei dem Patentamt in Berlin schriftlich angemeldet. Die Anmeldung muß angeben, unter welcher Bezeichnung das Modell eingetragen werden und welche neue Gestaltung oder Vorrichtung dem Arbeits- oder Gebrauchszweck dienen soll. Jeder Anmeldung ist eine Nach- oder Abbildung des Modells beizufügen. Ueber die sonstigen Erfordernisse der Anmeldung trifft das Patentamt Bestimmung. Die Anmeldegebühr bei Gebrauchsmustern ist nicht erhöht worden.

H. P. 18. 1. Teil 2. Darüber müssen Sie selbst befinden, da wir den Wert des Artikels nicht kennen. 3. Teil Dr. Bahnlische Güter. Die blaue Straßendahn fuhr zuerst.

Verammlungskalender.

- Donnerstag, den 13. Oktober.
USPD. Alt-Deizsig-Ort, Pantheon 1/8 Uhr.
USPD. U.-Ort, Kehlerstraße 1/8 Uhr.
Prolet. Arbeiter, Marktstraße, Gute Quelle 1/8 Uhr.
Freireligiöse Gemeinde, Volkshaus 7 Uhr.
Freitag, den 14. Oktober:
USPD. Schneefeld, Gelehnitzstraße 8 Uhr.
Metallarbeiter, Volkshaus.
Metallarbeiter, Volkshaus 7 Uhr.
Formen- und Gießereiarbeiter, Volkshaus 1/7 Uhr.
Konsumverein Wurzen, Dögel Viktorieg 7 Uhr.
Senfelder Verein (Kr.-St. Inv.-K.) Reform, Bauer 7 Uhr.
Verband Volksgesundheit, Stadt Altenburg, Lindenau 7 Uhr.
Tagesordnungen usw. in vorausgegangenen Inseraten ersichtlich.

Blumentag

zum Besten des Altersheims des Bundes der Auslandsdeutschen in Gardsdorf in Thüringen am 14. und 15. Oktober Gebt gern. — Gebt reichlich.

Peter Schaller.

Von Frida Schwarzer.

Seine Frau machte ihm Vorwürfe, daß er so wenig verdiene. „Es ist alles so teuer“, klagte sie. „Man kann sich ja gar nichts leisten. Da hätten wir auch ruhig auf dem Raß bleiben können.“ Peter kam es selbst sehr wenig vor, was er verdiente. Er gab deshalb seine Arbeit in der Zunderfabrik auf und ging in die Buchfabrik. Sie war zwar weiter von seiner Wohnung entfernt, aber er verdiente mehr und brauchte auch keine Ueberstunden zu machen. Frau Lena war befriedigt. Er aber war unzufriedener als je zuvor. Die Arbeit war schmutzig und unangenehm und die Hitze war noch größer als in der Zunderfabrik. „Auch äußerlich komme ich aus dem Schmutz nicht mehr heraus“, dachte er dumpf. Seine Frau quälte ihn, daß er sie ausführen sollte. „Ich sehe gar nicht ein, warum ich mich in meinen vier Wänden begnügen soll“, trachtete sie. „Du kannst doch mal mit ins Kino oder ins Varieté gehen.“ Höher floß ihre Sehnsucht nicht. „Über ich mag nicht“, leuchtete er. „Ich hindere dich ja gar nicht, allein zu gehen. Derrgott, ich bin doch kein Gefangenenerwärter.“ „Wie allein ins Varieté gehen, was denkst du denn, das geht nicht. Bin ich vielleicht keine anständige Frau?“ Er lächelte und schmeig. „Nehmt ewigen Drängen folgend, ging er mit ihr ins Theater, in ein Stück, das sie sich ausgesucht hatte. Es war ein Stück, wie es geschäftslustige Schwankfabrikanten zu Duzenden dem Publikum vortragen, das sich dies auch geduldig gefallen läßt. Peter langweilte sich, er fand an den abgemackten Wiken keinen Gefallen und wunderte sich, warum die Leute so lachten und wie besessen klatschten. Er dachte an die Theatertruppe in S., deren Spiel ihm wie eine Offenbarung erschienen war. Mit brennendem Weh dachte er an seine Kindheit, die voll war von begeisterten Hoffnungen und gläubigem Vertrauen an die Güte des Schicksals.

Auf die Donnerstagsabende, an denen er mit dem Redakteur zusammenkam, freute er sich die ganze Woche. Da war er ein

andrer, nicht der verbitterte, unendlich Einsame. Da setzte er sich in den inneren Kern seines Wesens. Scheiterlos entfaltete er seine Seele dem Freunde, bei dem er Verständnis fand und er lächelte sich dieser Klarheit nicht. Das harmonische, ausgeglichene Wesen des andern gab auch seinem unharmonischen, gehetzten Innenleben ein Gefühl von Ruhe. Hans Reinhardt gehörte zu jenen Menschen, die so selten sind in unserer von Egoismus erfüllten Welt. Die voll verstandener, heißer Menschheitsliebe durchs Leben gehen und liberal, auch im kleinsten Wertungsstreife, helfend und beglückend wirken. Erste wissenschaftliche Erkenntnis und heiligste Liebe zu den Geknechteten und Unterdrückten hatten ihn auf die Bahn des Sozialismus geführt und er war ein tapferer, aufrechter Kämpfer für seine Ideen und seine Ziele.

An einem Donnerstag fand Peter einen Brief Hans Reinhardts zu Hause vor, in dem dieser ihm schrieb, daß er heute nicht in das Lokal kommen sollte. Er habe ein Referat im Gasthaus zum Schwarzen Hof übernommen. Wenn er wolle, könne er ja auch hinkommen.

Und Peter ging. Der Saal war schon dicht mit Menschen gefüllt, über deren Köpfen die Qualmwolken wogten. Er war von einem kürzlich stattgefundenen Fest her mit Tannenzäpfen und bunten Papierfahnen geschmückt. Soßsam genug nahm sich dieser Gaufrischmanus aus über den ernstlichen Menschen.

Hans Reinhardt sprach. Er behandelte das Thema: „Der Klassenstaat und das moderne Proletariat.“ Klar und scharf umrissen zeigte er das Entstehen des Staates in seiner heutigen Form, entrollte ein Bild der Kultur aus ihren Ursprüngen, über das Christentum zur Feudalherrenschaft bis zur heutigen Entwicklung des Kapitalismus. Sprach dann vom Weg, den die Völker zu beschreiten hätten, zu neuer Kultur und freiem Menschentum zu gelangen, der Weg, der aufwärts führen wird aus stichtem Stauentum, aus gelstigen Tiefen empor in freie sonnige Höhen; der Weg des Sozialismus. Zeigte, daß der einzelne schwach ist, die Gesamtheit aber, von einem freibewußten Willen besetzt, riesenstark. Hell wie Fanfarentöne klang seine Stimme, sieglend, flogesbewußt.

Atemlos lauschten die Männer Donnerndes Beifallsbrausen vorhielt den Redner oft sekundenlang am Sprechen.

Und Peter hörte die Worte, sah wie durch dichten Nebel die Männer um sich her: sorgendurchdringt die Gesichter, schwellte die Hände, mancher Altken bebte wie unter schwerer Last. Da erwachte es in ihm, dämmern erst und dann wachend zu wachender Größe: das proletarische Bewußtsein. Ein Bild hatte er einst gesehen in einer Buchhandlung, vor dem er lange stumm gestanden hatte: Vorkämpfer von Jibus. Eine nackte Gestalt, stummumbräut, schneeweiß die Arme dem Hl entgegenstreckend. Und er sah: Millionen von Brüdern, Arbeiter wie er, klüßlerig und schneeweiß gleich ihm! Freunde! Brüder! Genossen!

Fühlten sie alle so wie er? Er blühte sich um. Neben ihm sah eine Frau. Oder war es ein Mädchen? Flammende schwarze Augen hatte sie, mit denen sie zu dem Redner emporblühte. Es und zu machte sie sich Notizen in ein blaues Büchlein. (Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Deutsche Naturwissenschaftliche Gesellschaft. Freitag, den 14. Oktober, abends 7 Uhr, in der städtischen Fach- und Fortbildungsschule, Schletterstraße 10. Vortrag des Herrn Fiedler über: Die pontische Pflanzenwelt Niederösterreichs. Gäste willkommen.

Die Besteigung des Mont Coorck möglich. Es steht jetzt fest, daß der höchste Berg der Erde, der Mont Coorck, erklimmen werden kann. Am 22. September erreichten sechs Mitglieder der englischen Forscherexpedition den Kamm. Sie bivouakierten in 22 500 Fuß Höhe. Am 24. September erstiegen sie den nördlichen Kamm bis auf eine Höhe von 23 000 Fuß, wobei man feststellte, daß der nördliche Kamm weiter erklimmen werden konnte. Ein heftiger Sturm verhinderte das weitere Vordringen. Im nächsten Jahre hofft man, auf diesem Wege den Gipfel zu erreichen.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Dreifälthentheorie des ADGB.

Der Vorstand des ADGB. arbeitet daran, die Dreifälthentheorie, nach der Arbeiter, Angestellte und Beamte gesonderte Organisationen bilden, in die Praxis zu überführen.

Das ist ein sehr gefährliches Spiel, wenn dabei der Versuch gemacht wird, die Entwicklung zumungunsten einzelner Organisationen zu beeinflussen.

Es ist kein Geheimnis, daß seit längerer Zeit der ADGB. versucht, mit dem Deutschen Beamtenbund in ein Kartellverhältnis zu kommen.

Allerdings wird sich auch der ADGB. seinen Augenblick im Zweifel sein, daß die Umstände, die seinerzeit im Jahre 1919 den Vorstand des ADGB. veranlaßten, das Kartellverhältnis mit dem DBB. abzulehnen, auch heute noch unverändert fortbestehen.

Nur so wird es verständlich, daß im Vorwärts eine Notiz vom ADGB. erscheinen konnte, wonach alle Beamten verpflichtet sind, nicht den freien Gewerkschaften, sondern dem ihnen fernstehenden Deutschen Beamtenbund beizutreten.

Die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei verpflichteten wolle, nur dem ADGB., der Afa oder dem Deutschen Beamtenbund beizutreten. Ferner wurde ausgeführt, daß die Ablehnung des Antrages nicht etwa so zu verstehen sei, als könne nun jeder Sozialdemokrat sich unter Berufung auf den Parteitagbeschluss selbst in den freien Gewerkschaften organisieren.

Auf diese Notiz erschien am 29. September folgende Antwort des Vorstandes des ADGB.:

In wiederholten Beschlüssen hat der Ausschuss des ADGB. in Übereinstimmung mit dem Afa-Bund sich in der Organisationsfrage auf den Standpunkt der Dreifälthentheorie gestellt, wonach Arbeiter, Angestellte und Beamte je für sich in getrennten Organisationen sich gewerkschaftlich vereinigen sollen.

Das notwendige Zusammenwirken der drei großen Gruppen soll durch einen Kartellvertrag gesichert werden, wie er zwischen ADGB. und Afa-Bund bereits besteht.

Mit dem Deutschen Beamtenbund ist der Kartellvertrag bisher noch nicht zustande gekommen, doch sind die Verhandlungen bekanntlich noch nicht abgebrochen.

Bei dieser Sachlage kann die Verpflichtung, sich den Gewerkschaften anzuschließen, die dem ADGB. oder dem Afa-Bund angehören, nur den Arbeitern und Angestellten, nicht aber den Beamten auferlegt werden.

Im Gegenteil ist es dringend erwünscht, daß gerade die Parteigenossen unter den Beamten den im Deutschen Beamtenbund vereinigten Beamtenverbänden sich anschließen und in ihnen verbleiben, solange nicht vom ADGB. und Afa-Bund eine andre Parole ausgeht.

Diese Antwort mußte die schärfste Kritik aller Gewerkschaften herausfordern, die bisher schon einen großen Teil der Beamten in sich aufgenommen hatten.

Durch die Veröffentlichung mußte überall im Lande der Eindruck erweckt werden, als sei nunmehr für den ADGB. eine völlig klare Sachlage geschaffen.

Die Dreifälthentheorie wäre verwirklicht und die Arbeiter, Angestellten und Beamten würden dementsprechend organisatorisch gesichert.

Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes sah sich veranlaßt, gemeinsam mit dem Vorstand des Transportarbeiterverbandes dem Vorwärts eine Erklärung zu übermitteln, die dieser bezeichnenderweise erst dem ADGB. vorlegte, ehe sie am 30. September im Vorwärts erschien.

In dieser Erklärung wiesen die beiden Verbandsvorstände darauf hin, daß mit dem Deutschen Beamtenbund noch kein Kartellvertrag besteht, und daß es daher falsch ist, die Sache so hinzustellen, als ob nur Arbeiter und Angestellte verpflichtet seien, einer Gewerkschaft beizutreten.

Die Erklärung fährt dann fort: Für die Beamten des Verkehrswesens, insbesondere der Eisenbahn und Post, besteht vielmehr, solange eine andre Vereinkanzung nicht getroffen wird, die Pflicht, sich den Gewerkschaften anzuschließen, die durch den Beschluß der zuständigen Gewerkschaftsinstanzen als deren Interessenvertretung anerkannt worden sind.

Für das Postpersonal ist durch Beschluß des Vorstandes des ADGB. der Deutsche Transportarbeiterverband als zuständige Organisationsinstanz erklärt worden.

Es darf erwartet werden, daß diese Beschlüsse auch vom Vorstand des ADGB. solange beachtet werden, bis die zuständigen Instanzen eine andre Entscheidung fällen.

In einer Fußnote bemerkte dazu die Redaktion des Vorwärts, daß der Vorstand des ADGB. eine weitere öffentliche Erklärung

der in der vorstehenden Erklärung erhobenen Einwendungen zur Zeit für entbehrlich hält, da es sich dabei nur um Detailfragen handle und es genüge, daß in der Hauptfrage die Richtigkeit der von ihm angeführten Beschlüsse des Bundesausschusses bestätigt worden sei.

Die Haltung, die der ADGB. oder vielmehr einzelne Mitglieder desselben zu der Dreifälthentheorie einnehmen, ist diktiert von dem Interesse der rechtssozialistischen Partei.

Die Haltung, die der ADGB. oder vielmehr einzelne Mitglieder desselben zu der Dreifälthentheorie einnehmen, ist diktiert von dem Interesse der rechtssozialistischen Partei.

Die Haltung, die der ADGB. oder vielmehr einzelne Mitglieder desselben zu der Dreifälthentheorie einnehmen, ist diktiert von dem Interesse der rechtssozialistischen Partei.

Die Haltung, die der ADGB. oder vielmehr einzelne Mitglieder desselben zu der Dreifälthentheorie einnehmen, ist diktiert von dem Interesse der rechtssozialistischen Partei.

Die Haltung, die der ADGB. oder vielmehr einzelne Mitglieder desselben zu der Dreifälthentheorie einnehmen, ist diktiert von dem Interesse der rechtssozialistischen Partei.

Die Haltung, die der ADGB. oder vielmehr einzelne Mitglieder desselben zu der Dreifälthentheorie einnehmen, ist diktiert von dem Interesse der rechtssozialistischen Partei.

Die Haltung, die der ADGB. oder vielmehr einzelne Mitglieder desselben zu der Dreifälthentheorie einnehmen, ist diktiert von dem Interesse der rechtssozialistischen Partei.

Die Haltung, die der ADGB. oder vielmehr einzelne Mitglieder desselben zu der Dreifälthentheorie einnehmen, ist diktiert von dem Interesse der rechtssozialistischen Partei.

Die Haltung, die der ADGB. oder vielmehr einzelne Mitglieder desselben zu der Dreifälthentheorie einnehmen, ist diktiert von dem Interesse der rechtssozialistischen Partei.

Die Haltung, die der ADGB. oder vielmehr einzelne Mitglieder desselben zu der Dreifälthentheorie einnehmen, ist diktiert von dem Interesse der rechtssozialistischen Partei.

Die Haltung, die der ADGB. oder vielmehr einzelne Mitglieder desselben zu der Dreifälthentheorie einnehmen, ist diktiert von dem Interesse der rechtssozialistischen Partei.

Die Haltung, die der ADGB. oder vielmehr einzelne Mitglieder desselben zu der Dreifälthentheorie einnehmen, ist diktiert von dem Interesse der rechtssozialistischen Partei.

Die Haltung, die der ADGB. oder vielmehr einzelne Mitglieder desselben zu der Dreifälthentheorie einnehmen, ist diktiert von dem Interesse der rechtssozialistischen Partei.

Die Haltung, die der ADGB. oder vielmehr einzelne Mitglieder desselben zu der Dreifälthentheorie einnehmen, ist diktiert von dem Interesse der rechtssozialistischen Partei.

Die Haltung, die der ADGB. oder vielmehr einzelne Mitglieder desselben zu der Dreifälthentheorie einnehmen, ist diktiert von dem Interesse der rechtssozialistischen Partei.

Die Haltung, die der ADGB. oder vielmehr einzelne Mitglieder desselben zu der Dreifälthentheorie einnehmen, ist diktiert von dem Interesse der rechtssozialistischen Partei.

Die Haltung, die der ADGB. oder vielmehr einzelne Mitglieder desselben zu der Dreifälthentheorie einnehmen, ist diktiert von dem Interesse der rechtssozialistischen Partei.

Die Haltung, die der ADGB. oder vielmehr einzelne Mitglieder desselben zu der Dreifälthentheorie einnehmen, ist diktiert von dem Interesse der rechtssozialistischen Partei.

Die Haltung, die der ADGB. oder vielmehr einzelne Mitglieder desselben zu der Dreifälthentheorie einnehmen, ist diktiert von dem Interesse der rechtssozialistischen Partei.

Die Haltung, die der ADGB. oder vielmehr einzelne Mitglieder desselben zu der Dreifälthentheorie einnehmen, ist diktiert von dem Interesse der rechtssozialistischen Partei.

Die Haltung, die der ADGB. oder vielmehr einzelne Mitglieder desselben zu der Dreifälthentheorie einnehmen, ist diktiert von dem Interesse der rechtssozialistischen Partei.

Die Haltung, die der ADGB. oder vielmehr einzelne Mitglieder desselben zu der Dreifälthentheorie einnehmen, ist diktiert von dem Interesse der rechtssozialistischen Partei.

Die Haltung, die der ADGB. oder vielmehr einzelne Mitglieder desselben zu der Dreifälthentheorie einnehmen, ist diktiert von dem Interesse der rechtssozialistischen Partei.

Die Haltung, die der ADGB. oder vielmehr einzelne Mitglieder desselben zu der Dreifälthentheorie einnehmen, ist diktiert von dem Interesse der rechtssozialistischen Partei.

Die Haltung, die der ADGB. oder vielmehr einzelne Mitglieder desselben zu der Dreifälthentheorie einnehmen, ist diktiert von dem Interesse der rechtssozialistischen Partei.

Die Haltung, die der ADGB. oder vielmehr einzelne Mitglieder desselben zu der Dreifälthentheorie einnehmen, ist diktiert von dem Interesse der rechtssozialistischen Partei.

schmer über die Notwendigkeit vorzunehmender Affordarkeit entscheiden sollen.

Die Vereinigung großstädtischer Zeitungsverleger und der Verein Berliner Zeitungsverleger haben beschlossen, künftig in wirtschaftlichen und Tariffragen zusammenzuarbeiten.

Aus der Umgebung.

Leipziger. Kommunischer Karneval. Man schreibt uns: Mit Glauben liebt man als Leukhler den Artikel aus Wahren, in dem sich die dortigen Genossen gegen die Kurempfehlung des Rote Kuriers wehren müssen!

Leipziger. Kommunischer Karneval. Man schreibt uns: Mit Glauben liebt man als Leukhler den Artikel aus Wahren, in dem sich die dortigen Genossen gegen die Kurempfehlung des Rote Kuriers wehren müssen!

Leipziger. Kommunischer Karneval. Man schreibt uns: Mit Glauben liebt man als Leukhler den Artikel aus Wahren, in dem sich die dortigen Genossen gegen die Kurempfehlung des Rote Kuriers wehren müssen!

Leipziger. Kommunischer Karneval. Man schreibt uns: Mit Glauben liebt man als Leukhler den Artikel aus Wahren, in dem sich die dortigen Genossen gegen die Kurempfehlung des Rote Kuriers wehren müssen!

Leipziger. Kommunischer Karneval. Man schreibt uns: Mit Glauben liebt man als Leukhler den Artikel aus Wahren, in dem sich die dortigen Genossen gegen die Kurempfehlung des Rote Kuriers wehren müssen!

Leipziger. Kommunischer Karneval. Man schreibt uns: Mit Glauben liebt man als Leukhler den Artikel aus Wahren, in dem sich die dortigen Genossen gegen die Kurempfehlung des Rote Kuriers wehren müssen!

Leipziger. Kommunischer Karneval. Man schreibt uns: Mit Glauben liebt man als Leukhler den Artikel aus Wahren, in dem sich die dortigen Genossen gegen die Kurempfehlung des Rote Kuriers wehren müssen!

Leipziger. Kommunischer Karneval. Man schreibt uns: Mit Glauben liebt man als Leukhler den Artikel aus Wahren, in dem sich die dortigen Genossen gegen die Kurempfehlung des Rote Kuriers wehren müssen!

Leipziger. Kommunischer Karneval. Man schreibt uns: Mit Glauben liebt man als Leukhler den Artikel aus Wahren, in dem sich die dortigen Genossen gegen die Kurempfehlung des Rote Kuriers wehren müssen!

Leipziger. Kommunischer Karneval. Man schreibt uns: Mit Glauben liebt man als Leukhler den Artikel aus Wahren, in dem sich die dortigen Genossen gegen die Kurempfehlung des Rote Kuriers wehren müssen!

Leipziger. Kommunischer Karneval. Man schreibt uns: Mit Glauben liebt man als Leukhler den Artikel aus Wahren, in dem sich die dortigen Genossen gegen die Kurempfehlung des Rote Kuriers wehren müssen!

Leipziger. Kommunischer Karneval. Man schreibt uns: Mit Glauben liebt man als Leukhler den Artikel aus Wahren, in dem sich die dortigen Genossen gegen die Kurempfehlung des Rote Kuriers wehren müssen!

Leipziger. Kommunischer Karneval. Man schreibt uns: Mit Glauben liebt man als Leukhler den Artikel aus Wahren, in dem sich die dortigen Genossen gegen die Kurempfehlung des Rote Kuriers wehren müssen!

Leipziger. Kommunischer Karneval. Man schreibt uns: Mit Glauben liebt man als Leukhler den Artikel aus Wahren, in dem sich die dortigen Genossen gegen die Kurempfehlung des Rote Kuriers wehren müssen!

Leipziger. Kommunischer Karneval. Man schreibt uns: Mit Glauben liebt man als Leukhler den Artikel aus Wahren, in dem sich die dortigen Genossen gegen die Kurempfehlung des Rote Kuriers wehren müssen!

Leipziger. Kommunischer Karneval. Man schreibt uns: Mit Glauben liebt man als Leukhler den Artikel aus Wahren, in dem sich die dortigen Genossen gegen die Kurempfehlung des Rote Kuriers wehren müssen!

Leipziger. Kommunischer Karneval. Man schreibt uns: Mit Glauben liebt man als Leukhler den Artikel aus Wahren, in dem sich die dortigen Genossen gegen die Kurempfehlung des Rote Kuriers wehren müssen!

Leipziger. Kommunischer Karneval. Man schreibt uns: Mit Glauben liebt man als Leukhler den Artikel aus Wahren, in dem sich die dortigen Genossen gegen die Kurempfehlung des Rote Kuriers wehren müssen!

Leipziger. Kommunischer Karneval. Man schreibt uns: Mit Glauben liebt man als Leukhler den Artikel aus Wahren, in dem sich die dortigen Genossen gegen die Kurempfehlung des Rote Kuriers wehren müssen!

Leipziger. Kommunischer Karneval. Man schreibt uns: Mit Glauben liebt man als Leukhler den Artikel aus Wahren, in dem sich die dortigen Genossen gegen die Kurempfehlung des Rote Kuriers wehren müssen!

Leipziger. Kommunischer Karneval. Man schreibt uns: Mit Glauben liebt man als Leukhler den Artikel aus Wahren, in dem sich die dortigen Genossen gegen die Kurempfehlung des Rote Kuriers wehren müssen!

Leipziger. Kommunischer Karneval. Man schreibt uns: Mit Glauben liebt man als Leukhler den Artikel aus Wahren, in dem sich die dortigen Genossen gegen die Kurempfehlung des Rote Kuriers wehren müssen!

Leipziger. Kommunischer Karneval. Man schreibt uns: Mit Glauben liebt man als Leukhler den Artikel aus Wahren, in dem sich die dortigen Genossen gegen die Kurempfehlung des Rote Kuriers wehren müssen!

Leipziger. Kommunischer Karneval. Man schreibt uns: Mit Glauben liebt man als Leukhler den Artikel aus Wahren, in dem sich die dortigen Genossen gegen die Kurempfehlung des Rote Kuriers wehren müssen!

Leipziger. Kommunischer Karneval. Man schreibt uns: Mit Glauben liebt man als Leukhler den Artikel aus Wahren, in dem sich die dortigen Genossen gegen die Kurempfehlung des Rote Kuriers wehren müssen!

Leipziger. Kommunischer Karneval. Man schreibt uns: Mit Glauben liebt man als Leukhler den Artikel aus Wahren, in dem sich die dortigen Genossen gegen die Kurempfehlung des Rote Kuriers wehren müssen!

Leipziger. Kommunischer Karneval. Man schreibt uns: Mit Glauben liebt man als Leukhler den Artikel aus Wahren, in dem sich die dortigen Genossen gegen die Kurempfehlung des Rote Kuriers wehren müssen!

Leipziger. Kommunischer Karneval. Man schreibt uns: Mit Glauben liebt man als Leukhler den Artikel aus Wahren, in dem sich die dortigen Genossen gegen die Kurempfehlung des Rote Kuriers wehren müssen!

Leipziger. Kommunischer Karneval. Man schreibt uns: Mit Glauben liebt man als Leukhler den Artikel aus Wahren, in dem sich die dortigen Genossen gegen die Kurempfehlung des Rote Kuriers wehren müssen!

Leipziger. Kommunischer Karneval. Man schreibt uns: Mit Glauben liebt man als Leukhler den Artikel aus Wahren, in dem sich die dortigen Genossen gegen die Kurempfehlung des Rote Kuriers wehren müssen!

Leipziger. Kommunischer Karneval. Man schreibt uns: Mit Glauben liebt man als Leukhler den Artikel aus Wahren, in dem sich die dortigen Genossen gegen die Kurempfehlung des Rote Kuriers wehren müssen!

Leipziger. Kommunischer Karneval. Man schreibt uns: Mit Glauben liebt man als Leukhler den Artikel aus Wahren, in dem sich die dortigen Genossen gegen die Kurempfehlung des Rote Kuriers wehren müssen!

Leipziger. Kommunischer Karneval. Man schreibt uns: Mit Glauben liebt man als Leukhler den Artikel aus Wahren, in dem sich die dortigen Genossen gegen die Kurempfehlung des Rote Kuriers wehren müssen!

Leipziger. Kommunischer Karneval. Man schreibt uns: Mit Glauben liebt man als Leukhler den Artikel aus Wahren, in dem sich die dortigen Genossen gegen die Kurempfehlung des Rote Kuriers wehren müssen!

Leipziger. Kommunischer Karneval. Man schreibt uns: Mit Glauben liebt man als Leukhler den Artikel aus Wahren, in dem sich die dortigen Genossen gegen die Kurempfehlung des Rote Kuriers wehren müssen!

Leipziger. Kommunischer Karneval. Man schreibt uns: Mit Glauben liebt man als Leukhler den Artikel aus Wahren, in dem sich die dortigen Genossen gegen die Kurempfehlung des Rote Kuriers wehren müssen!

Leipziger. Kommunischer Karneval. Man schreibt uns: Mit Glauben liebt man als Leukhler den Artikel aus Wahren, in dem sich die dortigen Genossen gegen die Kurempfehlung des Rote Kuriers wehren müssen!

Leipziger. Kommunischer Karneval. Man schreibt uns: Mit Glauben liebt man als Leukhler den Artikel aus Wahren, in dem sich die dortigen Genossen gegen die Kurempfehlung des Rote Kuriers wehren müssen!

Leipziger. Kommunischer Karneval. Man schreibt uns: Mit Glauben liebt man als Leukhler den Artikel aus Wahren, in dem sich die dortigen Genossen gegen die Kurempfehlung des Rote Kuriers wehren müssen!

Leipziger. Kommunischer Karneval. Man schreibt uns: Mit Glauben liebt man als Leukhler den Artikel aus Wahren, in dem sich die dortigen Genossen gegen die Kurempfehlung des Rote Kuriers wehren müssen!

Leipziger. Kommunischer Karneval. Man schreibt uns: Mit Glauben liebt man als Leukhler den Artikel aus Wahren, in dem sich die dortigen Genossen gegen die Kurempfehlung des Rote Kuriers wehren müssen!

Herbst u. Winter Moden

Table listing clothing items and prices: Herbstmantel 130, Plüsch-Mantel 1200, Jackenkleid 350, Kleid 250, etc.

Table listing Blusen, Morgenröcke, Röcke with prices: Blusen 95, Morgenröcke 75, Röcke 39.

Knaben- und Mädchenkleidung. Grosse Auswahl, mässige Preise, beste Verarbeitung.

Konfektionshaus Ebert

Größtes Spezialgeschäft für Damen-, Backfisch- und Kinderkleidung in Sachsen



In Dosen überall erhältlich.
Fabrik: Urban & Lomm, Charlottenburg
Zabrilager Zeitighaus Neumarkt 18
Vertreter: Kurt Prüfer. Fernsprecher 15 815.

Geyers Billige Lebensmittel

Mollerei-Butter	1/2 Pfd. Stück	15.00	
la Blodschmalz	1/2 Pfd.	15.50	
Tafelmargarine	1/2 Pfd.	13.50	
Speck und Schwarzfleisch	1/2 Pfd.	18.00	
Corned beef	1/2 Pfd.	9.00	
Polkreis	4.00	Erbsen, gelb	3.00
Bruchreis	3.50	Erbsen, grün	3.50
Gruppen	4.00	Bohnen, weiß	4.00
Grich, weiß	2.90	Linien	6.00
Rudeln, weiß	6.75	Goldhirse	3.80
Maffaroni	8.00	Saferlkoden	4.00
Stollenmehl	1 Pfd.	3.80	
Sultaninen	28.00	Mandeln, Gri.	17.00
Korinthen	14.00	Malztaffel	5.00
Kunsthonig	5.00	Hebr. Gerste	4.50
Rübensaft	8.20	Polsterlinge	0.70

Bon 5 Pfd. an Extrapreise.
Schönefeld, Paul-Heyse-Strasse 30
Neust., Ecke Neust. u. Wissmannstr.
Kleinzschocher, Wigandstrasse 48

Streichfertige Gel- und Lackfarben
In anerkannt vorzüglichsten Qualitäten!
Nicht die geford. Preise sind maßgeb., sondern die Qualität.
Fußbodenlackfarbe in Frischqualität kg 18.-
(Allerbestes Fabrikat und vollkommene Liebfrei!)
Vorstreichfarbe für Fußböden la Ware kg 16.-
Weißer Emaille-Lackfarbe untere reinweiße Farbe für Türen, kg 20 Mk.
Dieselbe in grau, eisenschwarz usw. kg 28.-, Vorstreich-Lackfarbe, weiß kg 17.-, Wandlackfarbe, abwaschbar, braun kg 12.-, grau kg 18.-, Lackfarben in Öl, Lösen kg 12-18.-
Leinölfirnis, garant. rein, doppelt gefolgt
kein Verlösch, kg 28.-
Steinöl in Öl, garantiert rein kg 22.-
Fußboden-Stauböl, hell und fett, geruchlos, kg 11.-
erner sämtliche Lacke, Öle und Trockenfarben, Firnis, Rein, Aft in nur bester Qualität und sorgfältiger, sachgemäßer Verarbeitung.
Beste Trockenkraft und Haltbarkeit!
Spezialgeschäft für Farben und Lacke
Kühnert & Co., jetzt Peterssteinweg 18.

2 billige Seefisch- u. Herings-Tage
veranstalten wir
Freitag und Sonnabend.
D.D. Nordsee, Reichsstr. 25
Fisch-Spezialhaus.
Engros: Versandhaus M.-Thür. Stückgutbahnhof.
U. 4 Ltr. Dose la Rollmöpse 24 Mk.

Prima Weizenauszugsmehl
85 proz. feinstes Stollenmehl
im Sack: **Pfund 3.60 Mark**
ausgewogen: 1 Pfd. 3.80, ab 5 Pfd. 3.75.
Alle and. Lebensmittel z. d. niedrigsten Tagespreisen.
Mortz Nachf., Tauchaer Str. 28. Tel. 50189 u. 8235.

Moderne und geschmackvolle
Drucksachen
für jeden vorkommenden Bedarf werden schnellstens geliefert.
Der neuzeitlich eingerichtete Rotationsbetrieb ist bestens geeignet zur Herstellung von Prospekt- u. Massenaufträgen.
Leipziger Buchdruckerei
Aktiengesellschaft
Tauchaerstraße 19/21
Telefon 4696

GEBRÜDER GOSKE
Windmühlenstrasse 4-12.

Billige Lebensmittel

Bruch-Reis	Pfund	3.25
Voll-Reis	Pfund	4.25
Viktoria-Erbesen	Pfund	3.75
Grüne Erbsen	Pfund	2.75

la Weizenmehl ... Pfund **3.40**

Gebrannte Gerste	Pfund	3.50
Kornkaffee „Jungborn“	Pfund	5.50
Bandnudeln	Pfund	6.50
Armee-Suppenwürfel		1.20

Margarine ... Pfund **13.50**

Leberwurst	2-Pfund-Dose	4.80
Halberstädter	per Dose 5-6 Paar	16.50
Tilsiter Käse	Pfund	10.80
Kümmel-Käse	Pfund	10.50

Rindertalg ... Pfund **15.50**

Corned beef	kleine Dose	8.50
Speise-Rüböl	Pfund	12.00
Tafel-Erdnussöl	Pfund	15.00

Aussordentlich preiswert!
Prima Solinger Besteck 9.50
ff. poliert und geschliffen ... Paar

KAUFHAUS BRÜHL
G.m.b.H.
Billige
Lebensmittel

Margarine	Pfund	13.50
Corned-Beef	Dose 1 engl. Pfund	8.50
Fetter Speck	Pfund	18.00
Durchw. Speck	Pfund	20.00

Leberwurst 4.80
Pa. Qualität ... 2 Pfund-Dose

Bruch-Reis	Pfund	3.25
Voll-Reis	Pfund	4.25
Grüne Erbsen	Pfund	2.75
Rangoon-Bohnen	Pfund	2.10
Gebrannte Gerste	Pfund	3.50
Bandnudeln	Pfund	6.50

Pa. Weizenmehl 3.40
Ausmahlung 000 ... Pfund

Armee-Suppen-Würfel 1.20
... 300 Gramm-Würfel

Verband der Arbeitervereine für Sport- u. Körperpflege

Turn-Vereine

Eintracht Nord-West. Sonnabend, den 15. Oktober, im Centraltheater, großer Saal, Herbstfest, Beginn 7 Uhr. Zu zahlreichem Besuch ladet ein Turnrat und Vorstandschaft.
Turnstunden:
Montag und Donnerstag 8-9 Uhr Mädchen
1/8-9 Uhr Turnerrinnen
Dienstag und Freitag 8-9 Uhr Knaben
1/8-9 Uhr Turner
Frauenturne Donnerstag, Alterslehre Freitag
Turnhalle: 41. Volksschule, Leipzig, Bitterstraße.

L.-Süd. Turn- u. Sportverein Vorwärts, (G. V.) Sonnabend, den 15. Oktober, im Hotel Friedrichshallen, L.-Connewitz, **Großes Herbstfest** mit Tanz, Anfang 7 Uhr. Eintritt 2.40 Mk. mit Steuer. Garberobe 50 Pfg.

Marxantstadt. Freie Turnerschaft, (G. V.) Sonnabend, den 15. Oktober, findet im Saale d. Thüringer Hofes unter **Herbstfest** verbunden mit turnerischen Einlagen, statt. Anfang 4 Uhr. Ende 1/2 12 Uhr. Freundschaft ladet ein D. T.

Arbeiter-Athleten-Bund

Athleten. Am Sonntag, den 18. Oktober, früh 8 Uhr, findet im Gartenlaal des Volkshauses die **Bezirks-Monatsversammlung** statt. Die Vereine werden ersucht, infolge der wichtigen Tagesordnung vollständig zu erscheinen.
Die Bezirksleitung.

Arbeiter-Schwimm-Verein

Knauffleeberg. Sonnabend, den 15. Oktober 1921, **Versammlung** im Vereinslokal. Der wichtigen Tagesordnung halber ist das Erscheinen aller Pflicht.
Der Vorstand.

Radfahrer-Bund Solidarität

18. Okt. Sonnabend, den 15. Oktober 1921, **Herbstfest** im großen Saale der Drei Mohren. Anfang 8 Uhr. - Recht zahlreiche Beteiligung wünscht.
Der Vorstand.
NB. Die letzte Abendausfahrt (Lampenausfahrt) durch den Osten findet umständehalber **Dienstag, den 25. Oktober**, statt. Ziel: Großer Saal der Drei Mohren.
Der Obige.

Verband Volksgeundheit

Verb. Volksgeundheit Leipzig
Freitag, 14. Oktober, abends 7 Uhr im Restaurant „Stadt Altenburg“, Markt, Lindenau
Beginn des Kurses über Krankenpflege.
Gäste willkommen.

Die beliebten Weigler-Liköre
dürften in keinem Lokale fehlen!
A. Weigler, Leipzig
Tauchaer Straße 22
Kühnriges Vertreter gesucht. Telefon 4900

Zigarren
garant. rein, Stück nur 50 P
Romnoer-
Schnupftabak 50gr nur 1.20.-
Kautabak
amerikan. Kiesel, nur 2.50.-
Land-Tabak
österreich. Regie, nur 1.25.-
Rauch-Tabak
Krißschmitt, 100 gr nur 4.-
Roth-Händle
Zigaretten, 10 Stück 2.50.-
Schmalzler
Regensburger, nur 50 P
in den Zigarrenschäften:
Leipzig-Stadt: Eiterstraße 3
Gerberstr. 40
D.-St.: Täubchenweg 43
D.-West: Bübner Straße 49
weit Verkaufsstellen verstreut
GÜTSCH, Eiterstraße 17
Telephon 11 343.

Großlager POPP
gegründet 1863
PANORAMA
Filiale Mädlar-Passag-
Neumarkt 14
Größtes Spezialgeschäft
in
Kinderwagen
Leiterwagen
Korbwaren.
Durch frühzeitigen
Bezug von Waggon-
ladungen noch o h u e
Preisausschlag.
Einzelne Wagen
unter Preis.

Gelegenheitskauf!!
Gummi-Absätze
Günstig für Schuhmacher,
stark, billig, ohne Aufsätze
Taschenlampen
Mignon - Gnom - Normal
Batterien stets frisch
Böhse, Kaiserstr. 5
Inverate sind nicht an
sondern a. d. Expedition d.
Leipz. Volkszeitg. zu richten.

